

FreEduMM Newsletter

Free Education Movement Marburg # 4 April 2013



Nimm Dir Zeit!

Entschleunigung vs. Selbstoptimierung

Diesmal u.a. mit folgenden Themen:

- Streik nach Selbstmord wegen Studiengebühren
- +++ Proteste gegen Militär im Hochschulwesen
- +++ aktuelle Bildungsproteste weltweit +++ Neo-Naziaufmarsch in FFM verhindern! +++
- Studiengebühren Adé? +++ UNICUM vom Campus kicken +++
- +++ Beratungsangebote in Marburg +++
- GEZ-Info +++ Equal-Pay-Day +++



Inhaltsverzeichnis

S.3: Studiengebühren mit Todesfolgen

S.4: Spieglein, Spieglein an der Wand, wie werde ich die Beste im ganzen Land?

S.6: News - lokal und global

S.8: Protest gegen Militär an Hochschulen und auf Jobmessen

S.9: Petition: UNI CUM vom Campus kicken!

S.10: Streik an der Universität von Sydney

S.10: Bildungsfabriken in Rumänien besetzt

S.11: Kommentar: Ein sexistischer Opfermythos

S.12: Kommentar: Equal-Pay-Day

S.13: Kommentar: Ein Jahr Gauck

S.14: Stürmische Zeiten! Naziaufmarsch am 1. Mai in FFM verhindern

S.17: Der neue Rundfunkbeitrag - Wer zahlt wieviel wofür

S.18: Einige nützliche Beratungsangebote und Anlaufstellen in Marburg

S.20: Termine

Editorial

Endlich ist es so weit! Gleich zwei freudige Ereignisse fallen zusammen: Jede Menge neue Studierende kommen nach Marburg und du hältst den vierten Newsletter des Free Education Movement Marburg in deinen Händen. Doch diesen frohen Botschaften stehen leider auch weniger fröhliche Themen gegenüber:

Wir nehmen den steigenden Druck zur Selbstoptimierung unter die Lupe, stellen die Petition gegen den Unicum-Verlag vor, teilen mit euch weltweite News zu Bildungsprotesten. Außerdem kommentieren wir den Equal-Pay-Day, das Amt des Bundespräsidenten und betrachten die Debatte über sexuelle Übergriffe. Wer glaubt, in Deutschland gäbe es keine Studiengebühren mehr, irrt sich! Wir berichten zudem von Protesten gegen militärische Präsenz an Hochschulen und stellen neue Negativschlagzeilen aus dem Bildungsbereich vor. Um aber einen kleinen Silberstreif am Horizont anbieten zu können, bleiben Handlungsmöglichkeiten auch diesmal nicht unterbelichtet: von Beratungsangeboten bis zu Widerstandsbewegungen gegen die skizzierten Probleme haben wir wieder einen bunten Strauß an Beispielen zur Selbsthilfe für euch gebunden.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen und hoffen, dass ihr die Lektüre zum Anlass nehmt, euch mal wieder mit euren Freund*innen in einer gemütlichen Runde bei einem Wein oder einer kalten Mate über ein gutes Leben und den Weg dorthin zu unterhalten. Oder noch besser: ein gutes Leben gleich in die Tat umsetzt und nicht „nur“ darüber debattiert.

Schickt uns gerne Kommentare und Anmerkungen an: freedomm@gmx.de

Vielleicht veröffentlichen wir einige davon auch in unserem nächsten Newsletter :)

Dieser Newsletter wurde realisiert durch die Unterstützung vom

AStA
M A R B U R G

Studiengebühren mit Todesfolge

In der Woche vom 18. bis 22. März wurde an öffentlichen und privaten Hochschulen und Colleges in Manila (Philippinen) zu einem sogenannten 'Black Protest' aufgerufen. Mit diesem wurde dem Tod von Kristel Tejada gedacht, welche sich das Leben nahm, weil sie nicht rechtzeitig die Studiengebühren für das neue Semester zahlen konnte. Der 'Black Protest' wurde von Walk-Outs geprägt und richtete sich auch gegen die mögliche Erhöhung von Studiengebühren.

"Education is a right and it shouldn't be sold," sagte Mariz Zubiri, Vorsitzende der Studierendenvertretung an der University of the Philippines (UP) in der Hauptstadt, während hunderte Studierende sich am Haupteingang der Hochschule versammelten, um eine Demo zu beginnen. Gleichzeitig versammelten sich auf dem ganzen Campus Polizeikräfte.

"This is a call on all students to stand up and strike for education and justice," verkündete Zubiri bevor sich die Demo in Gedenken an Kristel Tejada, einer Studentin der Verhaltenswissenschaften an der UP, welche sich durch das Trinken von Reinigungsmitteln das Leben nahm, in Bewegung setzte.

Kristel, 16, die Älteste von fünf Kindern eines Taxifahrers und einer Hausfrau, beging Selbstmord nachdem sie exmatrikuliert wurde, da sie es nicht schaffte rechtzeitig die P10.000 (~ €190) an Studiengebühren für das kommende Semester aufzubringen. Kristel verstarb am 15. März im Philippine General Hospital.

Über das Wochenende verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer im Internet.

Protestierende befestigten schwarze Schleifen auf dem gesamten Campus und trugen diese auch am Arm. Auch auf einem weißen Stück Stoff hinterließen viele Studierende ihre Handabdrücke in schwarzer Farbe, um ihre Solidarität mit der trauernden Familie auszudrücken.

Reaktionen konnten jedoch nicht nur an der UP beobachtet werden. Auch an der Polytechnic University of the Philippines (PUP) fanden Solidaritätsbekundungen und Proteste in diesem Zusammenhang statt. Nicht zuletzt, weil dort die Hochschulleitung vor kurzem ankündigte, Studiengebühren weiter erhöhen zu wollen.

"We fear that if tuition and other fees increase in PUP, we will face the same fate as the UP Iskolar ng Bayan*. We must protest the fee hikes," äußerte sich Helen Alfonso von der studentischen Selbstverwaltung vor Ort.

An der PUP in Manila starteten Studierende die Woche ebenfalls mit einem Walk-Out. Bei diesen verlassen Menschen zu einer bestimmten Zeit alle gemeinsam die Hörsäle, um sich an einem bestimmten Ort auf dem Campus zu treffen und eine Kundgebung abzuhalten oder eine Demonstration zu beginnen. In diesem Fall war der Treffpunkt der Innenhof der Hochschule, in dem sich Tausende zusammenfanden. Es wurden Reden gehalten sowie Stühle und Tische aus Holz verbrannt, um dem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Geschichte wiederholt sich. Erst vor drei Jahren (2010) sollten ebenfalls Studiengebühren an der PUP erhöht werden. Dies konnte jedoch durch entschlossene Proteste, wobei ebenfalls Stühle am gleichen Ort verbrannt wurden, verhindert werden.

Terry Rido, Präsident der einzigen Jugendpartei des Landes Kabataan Partylist, fasst die Situation folgendermaßen zusammen: "Kristel's death has galvanized the students to act and express their growing discontent to our current education system. The spark ignited by her untimely demise has rekindled the fire of dissent in thousands of students both in public and private universities. Together, let us fight to scrap unjust tuition policies and demand justice for Kristel and for all!".

* Student*innen und Hochschulabsolvent*innen werden als [Mga] Iskolar ng Bayan bezeichnet



Spieglein, Spieglein an der Wand, wie werde ich die Beste im ganzen Land?

In der ersten Ausgabe in diesem Jahr titelte die Jungle World „Gute Besserung? - Die Selbstoptimierung der Arbeitskraft“. Wie der Titel verrät, bezogen sich die Artikel auf Arbeitnehmer*innen. Doch ist es nicht so, dass der Zwang zum immer besser, immer schneller, immer höher bereits viel früher seine Wirkung entfaltet als auf dem Arbeitsmarkt?

Pimp up your Skills

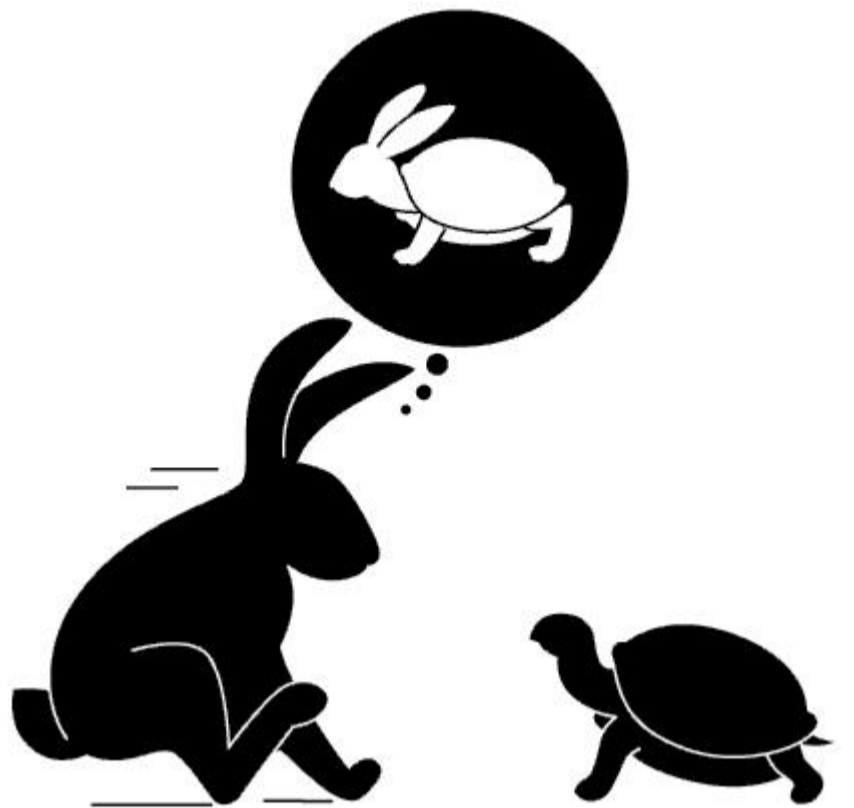
Auf der Homepage der Universität Marburg wird ein Coaching für Studierende angeboten, das mit folgendem Text beworben wird:

„Einzelcoaching ist eine äußerst effektive Möglichkeit, sich mit Aspekten der eigenen Persönlichkeit, des eigenen Denkens, Fühlen, Handelns und Arbeitens zu beschäftigen, die wir als problematisch empfinden: dies in klar umrissener Zeitspanne, mit klarem Fokus auf eine Lösung.

Perfektionismus, Planungs- und Strukturierungsschwierigkeiten, Probleme in der Kommunikation oder Selbstmotivation, die Schwierigkeit, Erfolge als solche zu feiern, Prüfungsangst oder wiederkehrende Probleme mit Vorbildern und Autoritäten könnten zum Beispiel Gegenstand eines Coachings sein- oder auch die Frage, wie Sie das Wissen um Ihre Begabungen in einen Berufswunsch verwandeln können.“ (www.uni-marburg.de)

Veranstaltet wird das Coaching mit der wohlklingenden Beschreibung von EcoSkills (Economic and Business Soft Skills). „EcoSkills bietet Studierenden und Promovierenden aller Fachbereiche ein studienbegleitendes, berufsfeld-fokussiertes Angebot an Weiterbildungen zum Erwerb zusätzlicher Qualifikationen für den Arbeitsmarkt an“, heißt es auf der Homepage des Zentrums für Schlüsselqualifikationen des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften (FB02). Das Projekt wurde von der Professorin Evelyn Korn am Fachbereich 02 ins Leben gerufen. Die Notwendigkeit eines solchen Projekts, das mit Unterstützung von Unternehmer*innen und externen Coaches arbeitet, begründet Frau Korn mit der Ziellosigkeit und Unentschlossenheit der Studierenden bezogen auf ihre Zukunft. So konnten viele Studierende nicht beantworten, warum sie Wirtschaftswissenschaften studieren. „Sie haben sich schlicht deshalb eingeschrieben, weil die Familie denkt, dass ein Wirtschaftsstudium eine sichere Perspektive biete“, berichtet sie in einem Interview, das in der Nexus-Broschüre "Gute Lehre – Frischer Wind an deutschen Hochschulen", herausgegeben von der Hochschulrektorenkonferenz im Mai 2011, abgedruckt wurde. Diese Aussage gibt Aufschluss darüber, worum es im Studium, gar im Leben gehen soll. Eine sichere Perspektive, also eine erfolgreiche Zukunft, wobei erfolgreich hier sicherlich mit wirtschaftlicher Prosperität gleichgesetzt werden kann. Das Statement macht zudem deutlich, dass die Wahl zumindest dieses Studiengangs nach seinen Erfolgsaussichten auf dem Arbeitsmarkt erfolgt. Ist das noch Bildung?

In Relation zu der Studierendenzahl u.a. in Studienfächern BWL/VWL scheint eindeutig, dass nicht alle von ihnen erfolgreiche Investmentbanker*innen, Manager*innen oder Unternehmensberater*innen werden können. Um dem Ziel jedoch näher zu kommen, muss mensch sich also selbstoptimieren, wie Frau Korn feststellt: „Eine Förderung ausschließlich für die schwachen Studierenden ist das Projekt aber nicht. Auch die besten zehn Prozent eines Jahrgangs



können eine Strukturhilfe gut gebrauchen“ (ebd.). Das Selbstoptimierungsprogramm gibt es dabei keineswegs kostenlos. Wenn wir uns schon selbstoptimieren, dann müssen wir auch bereit sein, etwas dafür zu bezahlen. Schließlich handelt es sich hier um eine persönliche Investition in das eigene Potential zu besseren Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet zu werden – auch Humankapital genannt. Das auf der Universitätshomepage beworbene Schnäppchen ist bereits für 55 Euro pro Stunde zu haben. Also zuschlagen!

Der Wettbewerbs- und Konkurrenzgedanke hat sich längst über die Wirtschaftssphäre hinaus durchgesetzt. Für alle heute gilt: Pimp up your human capital! Das Aneignen von soft skills, das lebenslange Lernen, das sich ständig selbstoptimieren sind Ausdruck für einen Zeitgeist, bei dem es darum geht als Individuum und als Standort im globalen Wettbewerb bestehen zu können; einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz zu erlangen. In dem Fall gegenüber den Kommiliton*innen. Und weil das Ziel eine Sisyphusarbeit ist, die wir womöglich gar nicht verrichten wollen, uns aber nichts anderes übrig bleibt – so zumindest die empfangene Botschaft – wenden wir uns an die Expert*innen, die uns die wesentlichen Dinge mit auf den Weg geben sollen. Wir glauben „ohne Hilfe von Experten nicht mehr essen, laufen, springen, denken, lachen, arbeiten und einkaufen zu können und keine Lebenspartner zu finden“ (Jungle World vom 03.01.2013, im Folgenden JW).

Welches Baby frisst am schnellsten?

Je früher wir anfangen uns skills und Kompetenzen anzueignen, umso besser für die spätere Karriere oder gar die eigene Existenz (als ob der Mensch sonst sterben würde). Vor diesem Hintergrund wundert es kaum, dass es inzwischen Lernsoftware für Säuglinge zwischen 6 und 36 Monaten gibt, wie das Beispiel Giggles Computer Funtime for Baby zeigt. Hierbei handelt es sich um ein Programm, dass auf dem Rechner der Eltern installiert wird. Das Baby kann nun nach Herzenslust die Tasten drücken und bekommt ein „wonderful, fun and educational on-screen feedback“, bei dem es nebenbei Farben, Buchstaben und je nach Menüauswahl vieles mehr lernt, verspricht das Werbevideo (www.giggles.net). Auch Kindergärten mit zusätzlichem Fremdsprachenunterricht zielen in dieselbe Richtung.

Gehorche und diszipliniere dich!

Dabei hat der Zwang erfolgreich sein zu müssen eine hässliche Kehrseite. Denn Scheitern, unter den Erwartungen zusammenbrechen, gar krank werden gilt als selbst verschuldet. Und so sind auch Studierende, die das Gefühl haben, die Anforderungen des Studiums, der Erwerbsarbeit aber auch des ehrenamtlichen Engagements nicht mehr bewältigen zu können, davon überzeugt sich optimieren zu müssen und holen sich Rat z.B. in Kursen, die versprechen ihnen das richtige Zeit- und Selbstmanagement beizubringen. Dort werden einem dann diverse tools an die Hand gegeben, mit denen einem erfolgreichen Selbstmanagement nichts mehr im Wege stehen soll. Jahrespläne, Aufgabenpriorisierung, strenge Zeitvorgaben für sämtliche über den Tag verteilte Vorhaben inkl. Zeitpuffer und Selbstbelohnungssysteme sind nur einige Hilfsmittel. Die Zauberformel lautet Effizienz und Effektivität. Scheitern ist in diesem Programm nicht vorgesehen. Und wenn doch, war dein Selbstmanagement nicht effektiv und du selbst nicht diszipliniert genug. Woher ich das weiß? Weil auch ich an einem solchen Kurs zum Zeit- und Selbstmanagement teilgenommen habe. Das Bedenkliche an solchen Angeboten scheint mir zu sein, mit welcher Selbstverständlichkeit diese daher kommen. Sowohl die Masse der Angebote als auch ihre Selbstverständlichkeit verleiten viele Menschen dazu zu glauben, sie müssen die Coachings und Kurse mitmachen, um überhaupt dazu zu gehören und mitzuhalten. Die Angst von der Norm abzuweichen und womöglich dem Vorwurf ausgesetzt zu sein die Sozialkassen zu belasten bzw. auf Sozialhilfen angewiesen zu sein, sind hierbei oft die maßgebliche Antriebsfeder. Auch Stiftungen wie z.B. die gewerkschaftsnahe Hans Böckler Stiftung fügen sich dem Diktat und bieten ihren Stipendiat*innen solche Kurse an, ganz im Sinne des „Studienerfolgs“.

"Fit im Job!"

Auch Krankenkassen schließen sich dem Trend an und experimentieren mit Gesundheits-Apps. Zum Beispiel mit der Health-Score App der Deutschen Telekom und des Schweizer Unternehmens QUENTIQ, mit der Blutdruckwerte, Ernährungsverhalten, Stresssituationen, Schlafphasen und Fitnessaktivitäten aufgezeichnet werden. Aus all den Werten berechnet die App dann den Health-Score und bewertet unsere Fitness anhand einer selbst errechneten Formel. Dass dann hohe Scores von Krankenkassen mit Prämien belohnt werden, ist eine logische Folge. Was aber passiert mit Menschen, die niedrige Scores haben? Was passiert mit den gespeicherten Daten? Wer verfügt über diese? Und was bedeutet das für jede*n Einzelne*n?

Bisher funktionieren die Gesundheits-Apps auf freiwilliger Basis. „Da aber Krankheit, im kapitalistischen Kontext Mangel an Leistungsfähigkeit, nunmehr als individuelles Versagen oder Folge von Willensschwäche gilt, könnte es bald zur Ordnungswidrigkeit werden, müßig auf dem Sofa zu sitzen“ (JW).

Die Vital-Linie in der Uni-Mensa am Erlenring verfolgt ähnliche Ziele, auch wenn dort keine Messwerte gesammelt werden. „mensaVital ist eine neu entwickelte und geschützte Menü-Linie in den Studentenwerken, die gemeinsam von Ökotrophologen und Köchen unter ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten erarbeitet wurde.“ (www.studentenwerk-marburg.de)

Dreimal pro Woche dürfen Studierende eine besonders gesunde und ernährungsphysiologisch berechnete Mahlzeit zu sich nehmen, bei der eine Portion „genau dem Energiebedarf einer Mittagsmahlzeit für einen Erwachsenen mit sitzender Tätigkeit“ entspricht und maximal 750 Kcal beträgt. Und wozu das Ganze? Nun, damit wir alle Fit im Job! werden, wie der Aufsteller im

Ich bleib
so scheiße
wie ich bin

Lockerlassen und
mehr vom Leben haben

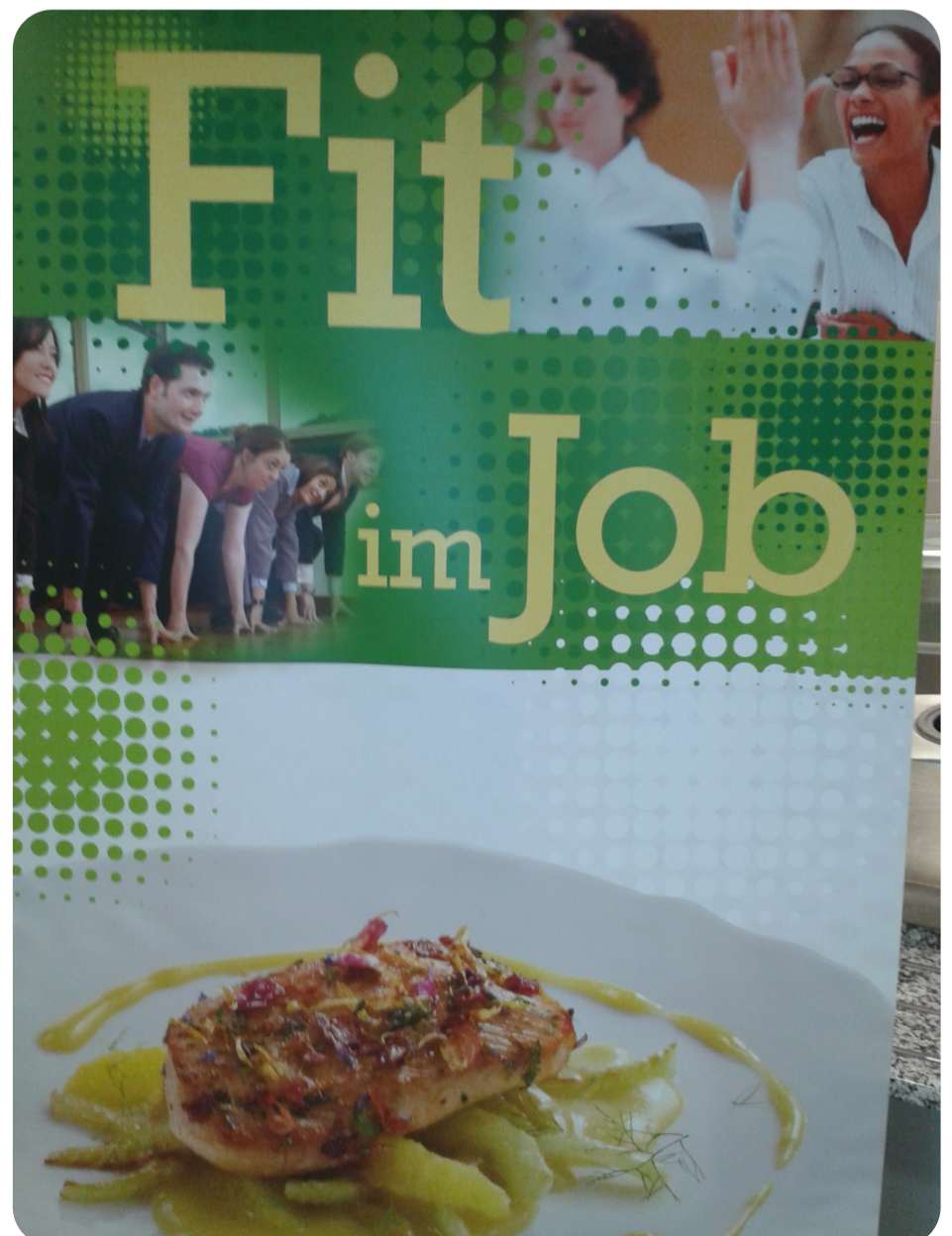


Ausgabebereich in der Mensa verspricht. Gegen frische Lebensmittel ist auch nichts einzuwenden. Darum geht es bei diesem Projekt aber gar nicht. Offensichtlich verspricht sogar das Essen einen gewissen Wettbewerbsvorteil, wenn mensch die Darstellung der an der Startlinie zum Loslaufen bereiten, jungen und nach Erfolg strebenden Erwachsenen genauer betrachtet.

Was also tun in einer Gesellschaft, in der „wohl nie zuvor eine so große Zahl von Menschen das Streben nach Erhöhung des eigenen Marktwerts als Ideal internalisiert [hat]?“ In einer Gesellschaft, in der „die Zumutungen des Kapitalismus nicht nur hingenommen werden, sondern freudig bejaht und ihre erfolgreiche Bewältigung zum persönlichen Anliegen wird“? (ebd.)

Sich aktiv dagegen wehren! Widerstand leisten!

Sich Zeit nehmen!



News

lokal

Kameras an der Mensa

Marburg. Der Hof vor der Mensa am Erlenring wird wieder kameraüberwacht. Nachdem vor einiger Zeit die Kameras, die den Hof der Mensa überwacht haben, entfernt wurden, hat das Studentenwerk Marburg zwei neue Kameras installiert. Diese sind im ersten Stock des Gebäudes hinter den Fenstern so platziert, dass sie die Fläche zwischen Bistro und Lahn nahezu vollständig abdecken können und zugleich von außen kaum sichtbar sind. Die Räume des AStA's zu betreten ohne dabei gefilmt zu werden ist damit nahezu unmöglich. Wie lange die Aufnahmen gespeichert werden, ist nicht bekannt.



UNICUM vom Campus kicken!

Die bundesweite Kampagne UNICUM vom Campus kicken geht in ihre nächste Phase. UNICUM vom Campus kicken ist eine unter anderem vom Free Education Movement Marburg ins Leben gerufene bundesweite Initiative, welche sich zum Ziel setzt, alle Produkte des UNICUM-Verlages vom Gelände der (Fach-)Hochschulen zu verbannen. Warum das Ganze? Die Produkte des UNICUM-Verlages stehen einerseits beispielhaft für die (Re-)Produktion sexistischer Inhalte, vorherrschender Geschlechterrollen und Heteronormativität. Andererseits sind sie Beispiele für die zunehmende Kommerzialisierung öffentlicher Bildungseinrichtungen und tragen maßgeblich dazu bei, dass wir mit Werbung auf dem Campus zugemüllt werden. Deshalb wurde eine Petition eingerichtet, in der Menschen ihre jeweilige Hochschulverwaltung auffordern, die Kooperation mit dem UNICUM-Verlag einzustellen. Diese kann auf open-petition.de noch knapp zwei Monate unterzeichnet werden und soll dann den Empfänger*innen übergeben werden. Weitere Aktionen sind geplant. Im Juni sollen wieder bundesweit Werbetüten des Verlages verteilt werden. Laufend aktualisierte Infos zum Thema findet ihr unter freedomm.net oder facebook.com/UnicumVomCampus.



Institut für vergleichende Irrelevanz weiter akut von Räumung bedroht

Frankfurt a.M.. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein aggressiver Versuch das frankfurter Institut für vergleichende Irrelevanz (kurz: Ivi) zu räumen unternommen wird, ist nach einem umstrittenen Urteil noch einmal gestiegen. Am 15. Februar diesen Jahres hat die Immobilienfirma Franconofurt über eine in dieser Form bisher einmalige juristische Konstruktion sich das Recht das Ivi zu räumen erstritten. Die dauerhafte Drohung geräumt zu werden, ist spätestens seit dem Verkauf des Gebäudes letztes Jahr zwar noch mehr als zuvor Teil des Alltags geworden, doch nach dem Urteil von Februar sind die Sorgen äußerst akut. Die Besetzer*innen verhandeln auch deshalb weiter mit dem schwarz-grünen Senat und sehen diesen in der Verantwortung diesen kulturelle und politische Freiraum zu schützen. Für den Fall, dass eine Räumung tatsächlich stattfindet, haben die Besetzer*innen bereits massive Proteste und eine überregionale Demonstration angekündigt. Aktuelle Informationen rund um das Ivi findet ihr unter ivi.copyriot.com.



Erster runder Tisch zum Thema „Preiswerter Wohnraum“ veranstaltet

Marburg. Am 25.02.13 haben sich über 70 Menschen im Rathaus versammelt, um über die Möglichkeiten preiswerten Wohnraum zu schaffen zu diskutieren. Eine bunte Mischung vom Mietshäusersyndikat über Parteien und Immobilieninvestor*innen bis hin zu Bürger*inneninitiativen tauschten kontroverse Meinungen aus mit dem Ergebnis zwei Ausschüsse zu gründen. Der wohl bemerkenswerteste Vorschlag kam von Dr. Weber von der Piratenpartei, welcher empfahl durch Untertunnelung der Stadtautobahn Flächen in der Innenstadt zu schaffen. In der zweiten Hälfte dieses Jahres sollen die Ergebnisse der Lenkungsgruppe und des Ausschusses für studentisches Wohnen vorgestellt und weiterer Handlungsbedarf erörtert werden.

Auch der AStA Marburg nimmt an den Gesprächen teil.

Die Vergangenheit lehrt jedoch, dass Menschen, die wirklich an Veränderung der Zustände interessiert sind, sich nicht nur auf runde Tische verlassen sollten.

global**Besetzung und Großdemo an der Sussex University**

Bereits seit dem 07. Februar besetzen Studierende an der Sussex University in Großbritannien das Konferenzzentrum der Hochschule.

Mit dieser Aktion wenden sie sich gegen die zunehmende Privatisierung der Universität im Allgemeinen und gegen das Outsourcing von 235 Angestellten (etwa 10%) durch die Hochschulleitung.

Nach mehr als sechs Wochen Besetzung wurde für den 25.03. zu einer Großdemonstration aufgerufen. Zu diesem Anlass versammelten sich Tausende aus mehreren Städten auf dem Campus und schafften es trotz massiver Polizeipräsenz zumindest kurzzeitig das Verwaltungsgebäude der Hochschule zu besetzen. Da Polizeikräfte dies zu verhindern versuchten, gingen bei Rangeleien auch ein paar Scheiben zu Bruch.

Aktuell versucht die Hochschule Proteste auf dem Campus zu verbieten. Seit dem 27. März befinden sich Kleinbusse von Spezialeinheiten der Polizei auf dem Hochschulgelände. Nach mehreren Androhungen die Besetzung gewaltsam zu räumen, verließen die Studierenden das Konferenzzentrum nach knapp 2 Monaten am 02. April wieder. Hierbei wurden vier Student_innen in Gewahrsam genommen.

Angestellte der Sussex University haben einen Blog initiiert, um über den aktuellen Stand zu informieren: sussexagainstprivatization.wordpress.com

**Undercover-Cop an der Universität von Chicago geoutet**

Am 02. März protestierten dutzende Menschen für die Errichtung eines Trauma-Zentrums an der Universität von Chicago.

Unter den Protestierenden war eine Undercover-Polizistin für das institutionseigene University of Chicago Police Department. Bereits in zivil gekleidet, versuchte die Polizistin ihre Rolle noch überzeugender zu spielen, indem sie ebenfalls mit einem Protestschild auftauchte. Während des Protestes war die Polizistin damit beschäftigt Nachrichten über ihr Handy an ihren Vorgesetzten über den Ablauf und die Ziele der Aktion zu versenden.

Misstrauisch gewordene Aktivist_innen fotografierten die Person und stellten die Bilder der Presse zur Verfügung. Es stellte sich heraus, dass es sich um Detective Janelle Marcellis handelte, welche im Auftrag des Investigative Services Bureau der Campus-Polizei tätig ist.

Streit um Stadionname an der Florida Atlantic University

Um gegen den Verkauf der Namensrechte des Universitätsstadions an einen der größten privaten Gefängnisbetreiber in den USA zu protestieren, besetzten Ende Februar dutzende Studierende das Büro des Rektors für mehrere Stunden. Die Besetzung fand im Anschluss an eine Demonstration mit mehr als 100 Menschen statt. Inwiefern die Auseinandersetzung mit der Hochschulleitung diesbezüglich erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten.

Besetzung historischer Frauenbibliothek in London

70 Aktivist*innen diverser feministischer Gruppen besetzten am 08. März, dem internationalen Frauen(kampf)tag, die historische Frauenbibliothek in London, um sich gegen die Schließung dieser zu wehren. Etwa 24 Stunden später wurde die Besetzung von Polizeikräften gewaltsam aufgelöst.

Aktivistin Josie Foreman, eine Dozentin für Geschichte sagte: „Holding onto the history of women's struggle for equality becomes even more important in a moment like this, when the government is closing women's refuges and shutting down children's centres. The Women's Library reminds us that these are hard-won gains for which women have fought for centuries. We will not allow them to be taken away from us so easily. We are willing to take direct action for what we believe in.“

Blog zu der Aktion: reclaimit2013.wordpress.com

Eine Portion Schlagstock zum Nachtisch?

Eski ehir. Am 11. März haben sich 40 Studierende auf dem Campus der Osmangazi Universität in Eski ehir (Türkei) versammelt, um gegen angekündigte Preiserhöhungen in der Mensa zu protestieren. Als Teil der Aktion wollten sie kostenfrei Essen und Säfte verteilen.

Nach nur wenigen Minuten auf dem Campus wurden die Aktiven vom sog. Sicherheitspersonal der Hochschule angegriffen.

Die Bilanz: fünf Student*innen verletzt - zwei davon schwer, fünf weitere wurden in Gewahrsam genommen.

Bereits eine Woche zuvor demonstrierten zu diesem Anlass etwa 200 Studierende. Die Hochschulleitung versucht verzweifelt die Protestierenden zu diskreditieren. U.a. behauptet sie, dass diese Langzeitstudierende und Mitglieder von Terrororganisationen seien und sowieso keine Studienleistungen erbringen würden.

Die News wurden von Aktiven des Free Education Movement Marburg (FreEduMM) sowie dem Referat für internationale Vernetzung (RiV) des AStA Marburg zusammengetragen.

Im Rahmen unserer Recherchen sind wir auch u.a. in den folgenden Regionen der Welt auf Berichte von Protestaktionen gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung, insbesondere gegen Studiengebühren sowie Kürzungen im Bildungsbereich gestoßen, welche allein im März 2013 stattfanden:

in ganz Spanien, am City College of San Francisco (welches von der Schließung bedroht ist), in Sacramento, Montréal (wo zum wiederholten Male mehrere Studierende verletzt und verhaftet wurden), an der Cooper Union in New York City, in Athen, Santiago, Philadelphia und Tampa (einer Stadt in Florida), an der Connecticut University, in Mumbai, Edmonto und St. Lunaire-Griquet (beides Städte in Kanada), in Bangalore, auf Hawaii, in Peschawar (Pakistan), an der University of Central Lancashire in Preston (UK), in Lissabon sowie an der University of Minnesota und in Buenos Aires.

Eine genaue Beschreibung der Entwicklungen an jedem dieser Orte würde den Rahmen dieses Newsletters sprengen, daher beschränken wir uns auf die Auflistung.

Falls du dich mit Aktiven weltweit vernetzen, oder einfach nur auf dem Laufenden bleiben willst, dann empfehlen wir dir die International Student Movement (ISM) Plattform:

ism-global.net

Auf facebook.com/ism.global findest du auch die jeweiligen Artikel zu den Protesten in den oben aufgezählten Orten.

Auch das Referat für internationale Vernetzung kann dir hier in Marburg weiter Auskunft über das ISM oder grundsätzlich über die Vernetzung auf globaler Ebene geben und freut sich immer über Unterstützung:

internationale-vernetzung@asta-marburg.de

Proteste gegen Militär an Hochschulen und auf Jobmessen

In gleich drei Städten kam es in den vergangenen Wochen zu Protestaktionen gegen Rüstungskonzerne und das Militär.

Leeds

An der University of Leeds wurde ein Referendum durchgeführt, ob die Hochschule weiterhin mit BAE Systems, dem weltweit zweitgrößten Rüstungskonzern, zusammenarbeiten solle. Auf Anfrage wurde bekannt, dass BAE Systems an die University of Leeds umgerechnet knapp 115.000 Euro für Forschungsaufträge zahlt. Des Weiteren verfügt die Hochschule über Aktien des Unternehmens und ist somit Teilhaberin.

Das Unternehmen ist zudem auf diversen Jobmessen präsent. Durch das erfolgreiche Referendum wurde die Studierendenvertretung beauftragt die Hochschulleitung damit zu konfrontieren und sich für eine Aufhebung der Zusammenarbeit zwischen BAE Systems und der Hochschule einzusetzen.

Mannheim

Auf der 'Jobs for Future' Messe in Mannheim protestierten Ende Februar etwa 40 Menschen mit einem Flashmob gegen die Verharmlosung von Krieg und Bundeswehr.

Nach dem „Die-In“ kam es zu einem „Sit-In“, der in Form einer „Asamblea“ (Versammlung) abgehalten wurde. Anschließend kam es zu einer Spontandemonstration durch die Maimarkthalle ehe die Teilnehmer*innen sich zum Abschluss erneut vor dem Bundeswehrstand versammelten.

Die Protestaktion wurde von dem Bündnis Arbeitskreis gegen Militarisierung organisiert.

Sheffield

Eine ähnliche Protestaktion fand auch auf der Jobmesse an der Sheffield University Anfang März statt. Diese wurde jedoch gewaltsam von sogenannten Sicherheitskräften unterbunden.

Hierbei richtete sich der Unmut gegen das Luft- und Raumfahrtunternehmen Thales, welches auch ein relevanter Akteur in der Drohnenindustrie ist.

Gegenmittel: Zivilklausel

Die Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen wie Hochschulen ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen.

Zivilklauseln gibt es nur in wenigen anderen Ländern, vor allem in Japan.

Die erste Zivilklausel trat hierzulande bereits 1986 an der Universität Bremen in Kraft. Heute haben mehrere Hochschulen sie eingeführt, so z.B. die TU Berlin, sowie die Unis in Dortmund, Konstanz, Oldenburg und Tübingen.

Seit neustem ist auch die Uni Frankfurt/M dabei. Am 15.02.13 gab der dortige AK Zivilklausel bekannt:

„Nach der Aufnahme in den Hochschulentwicklungsplan im Herbst 2011 und dem Studierendenvotum im Januar 2012, hatte sich der Senat am 30.01.13 einstimmig für die Grundordnungsänderung ausgesprochen. Mit der gestrigen Zustimmung des Hochschulrats bekennt sich die Universität nun eindeutig dazu, dass „Lehre, Forschung und Studium [...] zivilen und friedlichen Zwecken“ dienen. Mehr Infos unter: www.zivilklausel-ffm.info

Auch wenn die Einführung und Umsetzung der Zivilklausel nur ein Schritt in Richtung Selbstbestimmung über die Produktion und Anwendung von Wissen sein kann, stellt diese eine wichtige praktische Maßnahme dar.

Falls du motiviert bist dich auch an der Uni Marburg für die Einführung einer Zivilklausel einzusetzen, dann schick uns eine Nachricht, so dass wir gemeinsam überlegen können, wie wir das Vorhaben angehen.



Asamblea vor dem Bundeswehrstand auf der 'Jobs for Future' Messe in Mannheim

Petition: UNICUM vom Campus kicken!

Die Verteilung der UNICUM-Tüten und die Omnipräsenz der diversen UNICUM-Magazine sind in vielen (Hoch-)Schulen eine willkommene Einnahmequelle um die unerträgliche Unterfinanzierung auszugleichen. Doch diese Ploitik wird mit einem zu hohen Preis bezahlt: (Hoch)Schulleitungen fördern Sexismus und Kommerz auf dem Campus und Schulgelände! Sie schaffen Werbeflächen, über welche u.a. sexistische Inhalte transportiert werden. Dagegen wehren wir uns und fordern die verantwortlichen (Hoch-)Schulleitungen hiermit dazu auf, der Ökonomisierung von öffentlichen Räumen - soweit sie können - entgegenzuwirken und als ersten Schritt die Verteilung jeglicher UNICUM-Produkte auf dem Campus zu unterbinden.

Fangen wir in unserem Kampf gegen die zunehmende Kommerzialisierung aller Lebensbereiche und Sexismus in der Gesellschaft bei unseren (Hoch-)Schulen an!

Diese Petition soll nach dem 07.06.2013 über die Gremien der (hoch-)schulischen Selbstverwaltung an die entsprechenden (Hoch-)Schulleitungen mit der Absicht überreicht werden, die Zusammenarbeit mit der UNICUM Verlag GmbH & Co. KG zu beenden.

Es liegt an euch vor Ort den Stein ins Rollen zu bringen, die Petition zu verbreiten und sie nach Ablauf in die entsprechenden Gremien zu tragen.

Begründungen:

Immer mehr Kommerz auf dem Campus/Schulgelände

Die vielfältigen Produkte von UNICUM sind rein werbefinanziert, die Aufmerksamkeit der Kund*innen ist die Währung, in der UNICUM ihren Wert bei den Sponsor*innen anpreist.

(Re-)Produktion von Sexismus, Geschlechterrollen und Heteronormativität

Das Schlagwort "Sex sells" ist wohl einer der grundlegenden Lehrsätze der Werbeindustrie. Egal was verkauft werden soll, beim Werben um die Aufmerksamkeit der Kund*innen sind "erotische" Darstellungen (überwiegend weiblicher) Normkörper oftmals das Mittel der Wahl. Viele der in der Werbeindustrie verwendeten Darstellungen reproduzieren sowohl heteronormative Stereotype als auch eine Degradierung von meist Frauen* zu Sexobjekten. Die letzte UNICUM-Tüte (im Winter 2012) mit einer halbnackten, sich entkleidenden Frau neben dem Slogan: "Mach deine Idee zu Geld" ist nur ein besonders ekelhaftes Beispiel für systematische Sexismen.

Auch eine Bekräftigung der scheinbaren Zweigeschlechtlichkeit drückt sich in Gestaltung und Inhalt der UNICUM-Tüten aus. Manche Tüten sind mit einem blauen Rand versehen, diese werden nur an Männer verteilt, andere haben einen rosa Rand, welche für Frauen vorgesehen sind. Seit 2011 befindet sich in den "Männertüten" die Zeitschrift Uniking, die den Frauen zugeordneten Tüten enthalten die Uniqueen. Jedoch auch die Merchandising-Artikel variieren nach Geschlecht, so enthielten beispielsweise die letzten "Männertüten" Energiedrinks, die "Frauentüten" stattdessen Energiedrinks derselben Marke jedoch in der zuckerfreien Variante. Welches Körperbild Frauen* damit vermittelt wird, braucht hier wohl nicht ausgeführt zu werden.

Für weitere Beispiele sexistischer Darstellungen und der (Re)Produktion von Heteronormativität sowie Geschlechterrollen muss nur mal eine beliebige Ausgabe des Campus Magazins durchgeblättert werden.



Bildung = Humankapital

In dem öffentlichen Diskurs wird Bildung zunehmend mit der Produktion von Humankapital gleichgesetzt. Auch UNICUM propagiert dieses Verständnis von Bildung auf vielfältige Art und Weise. Zum Beispiel durch die regelmäßige Bewerbung von Career-Messen, von Unternehmen gesponserten 'Future Leader' Programmen und 'Strategieworkshops', als 'neutralen Bericht' getarnte Werbeanzeigen unter der Rubrik 'Karriere' in dem am meisten verbreiteten 'UNICUM Campus Magazin'. Als wäre dies nicht genug, werden vierteljährlich noch 'UNICUM Beruf', 'UNICUM Technik' sowie 'UNICUM Wirtschaft' auf Campi bundesweit vierteljährlich in sehr hoher Stückzahl ausgelegt, um als Bindeglied zwischen Unternehmen und dem heranreifenden Humankapital zu dienen.

Dass es hierfür speziell auch noch ein 'UNICUM Karrierezentrum für Arbeitgeber' [<http://arbeitgeber.unicum.de>] gibt, überrascht da schon gar nicht mehr.

Selbst speziell für Schüler*innen gibt es alle zwei Monate eine neue Ausgabe: 'UNICUM Abi'. In diesem Magazin werben nicht nur Unternehmen um Nachwuchskräfte, sondern auch gerne der Staat in Form der Bundeswehr um zukünftiges Kanonenfutter.

Es geht hier jedoch nicht vornehmlich darum eine einzelne Firma an den Pranger zu stellen, sondern auf die systematische Verknüpfung zwischen der zunehmenden Ökonomisierung von Bildung und der Reproduktion von Ungleichheitsmechanismen hinzuweisen. Eine systematisch unterfinanzierte Bildungseinrichtung ist darauf angewiesen praktisch jeden Euro von Drittmittelgebern dankbar anzunehmen. Woher das Geld kommt und wie es erwirtschaftet wurde, ist dabei nachrangig, denn die (Hoch-)Schule ist u.U. darauf angewiesen.

Eine beliebte Ertragsquelle ist auch die zeitweilige oder dauerhafte Vermietung öffentlicher Räume für Werbezwecke, insbesondere auf dem Campus. Ob Zeitungsabonnements, UNICUM-Produkte oder Werbung für Finanzdienstleistungen - genommen wird, was Geld bringt.

Da Sexismus und Kommerz auf dem Campus bzw. Schulgelände nichts zu suchen haben und um eine Atmosphäre zu fördern, in der eine kritische Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Zusammenleben im größeren Umfang möglich ist, fordern wir als ersten Schritt die Verbannung jeglicher UNICUM-Produkte aus den (Hoch-)Schulen sowie langfristig eine angemessene Finanzierung des Bildungssystems durch Steuereinnahmen.

Marburg, 07.03.2013

Die Petition kann bis zum 07.06.2013 unter <https://www.openpetition.de/petition/online/unicum-vom-campus-kicken> unterzeichnet werden.

Streik an Universität von Sydney von Polizei angegriffen

Angestellte, u.a. auch Hilfskräfte, der Sydney Universität gingen am 26. März in einen 48-stündigen Streik, um sich gegen prekäre Arbeitsbedingungen und die zunehmende Privatisierung, u.a. durch Outsourcing, zu wehren.

Gleich zu Beginn, am Morgen des 26. März, wurde ein Streikposten vor dem Haupteingang von Polizeikräften angegriffen, um den Weg für Streikbrecher*innen frei zu machen.

Als wenn das nicht genug wäre, ging die Polizei auch in die Hörsäle, um Studierende, die über den Streik informieren wollten, zu vertreiben. So wurden zum Beispiel während einer Vorlesung im Bereich der Chemie fünf Studierende für das Verteilen von Informationsmaterialien von der Polizei in Gewahrsam genommen.

Da Hochschulen zunehmend wie Konzerne geführt werden, ist es nicht verwunderlich, dass auch die Arbeitskämpfe sich intensivieren.



Zwei Bildungsfabriken in Rumänien besetzt!

Am Abend des 26. März begannen Studierende die Fakultät für Geschichte der Universität von Bukarest sowie das Amphitheater der Babes-Bolyai Universität in Cluj-Napoca (beides in Rumänien) für unbestimmte Zeit zu besetzen. Mit dieser Aktion möchten sie einen offenen Freiraum schaffen, wo zusammen diskutiert, reflektiert und gemeinsame Interessen artikuliert werden können. Mit Themen wie prekäre Verhältnisse, Armut, der Bologna-Prozess, die Autonomie der Hochschule sowie wirtschaftliche und soziale Verhältnisse von Studierenden, Lehrenden und anderen wird sich sonst im Hochschulalltag wenig bis gar nicht auseinandergesetzt. Um frei und möglichst ohne Einschränkungen diskutieren zu können, haben die Besetzer*innen sich diese Räume genommen. Sie stehen allen an diesen Themen Interessierten offen.

Des Weiteren sind die Besetzungen Akte gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung; Akte des Widerstandes gegen Hochschulen, die wie Fabriken Humankapital für den Arbeitsmarkt produzieren sollen, während Studierende zu Kund*innen gemacht werden.

Aktuell (02. April) werden die Besetzungen weiterhin aufrecht erhalten.

Um besser zu verstehen, worum es den Besetzer*innen geht, drucken wir an dieser Stelle die erste Pressemitteilung von den Aktiven an der Babes-Bolyai Universität ab:

Press release
For immediate distribution
26th of March, 2013

Reclaim your University!

Cluj Napoca, Romania. Today, 26th of March, 2013, at 4 pm, one of the amphitheatres of the central headquarter of Babes Bolyai University in Cluj Napoca, has been indefinitely occupied as a sit-in, by students.

The University is transforming more and more into an over guarded institution. The space that should encourage the free movement of ideas and that should facilitate a debate forum, became, with every year, a closed space, petrified by practices that no longer reflect the students' true problems and needs. Instead of being a life learning experience, the university makes us dependent of a dysfunctional economic and social system:

university education is a merchandise, nicely packed and served to clients (also called „students“) whose only social value, after graduation, is that of a potential employee. But the most severe problem is that the students are not encouraged, through a participatory system, to make their voices heard.

Therefore, we consider that the reclaim of an autonomous space inside the university is necessary – a space where our voices can be articulated, in a free debate, open to all students. We are all responsible for the creation of a collective future, in which everyone's aspirations compose an university project, designed to cultivate involved and critical citizens, not just diploma owners.

Because we regard the university as a common and not as a socially isolated institution, everyone's involvement is both necessary and welcome – involvement of students, teachers, university auxiliary staff, high school students, graduates and anyone interested. Being a non-exclusive space, any form of discrimination is against the very reasons that made this debate necessary.

The University belongs to everyone!

This is a student sit-in. It will not end until we, together, come to a conclusion regarding our real problems and the possible solutions for them. From this moment on, your opinion matters, as long as you are here!



Quelle: www.ism-global.net
Homepage der Besetzer*innen: www.sepoate.net

Kommentar

Ein sexistischer Opfermythos

Vergewaltigungen werden leider nur allzu oft akzeptiert. Eigentlich handelt es sich dabei um ein Thema, welches eine klare Position mit sich bringt: Vergewaltigungen sind in keinsten Weise zu tolerieren und die Täter sind klar zu benennen. Doch tatsächlich muss man sich darüber Gedanken machen, dass die Täter öfters zu Opfern gemacht werden. Betrachtet man die beiden publik gewordenen Vorfälle in Indien, so ist häufig das Argument zu hören, die Frauen seien selbst daran Schuld gewesen, da sie zu kurze Röcke getragen hätten – das habe die Männer nun einmal gereizt und die Opfer hätten wissen müssen, was ihr Kleidungsstil auslösen könnte. Frauen auf der ganzen Welt sind immer wieder diesem unzumutbaren Vorwurf ausgesetzt.

Besonders deutlich wird dies in einem Vergewaltigungsfall, der sich in den Vereinigten Staaten (Steubenville) zugetragen hat: ein 16jähriges Mädchen wurde von mehreren Jungen vergewaltigt. Obwohl diese erkannt wurden, erhielten sie nur ein sehr geringes Strafmaß. Unter anderem damit begründet, dass sie angehende Starsportler seien. Diese Tatsache sollte dem Opfer sogar zum Verhängnis werden, ebenso wie einer Bloggerin, die versucht hatte den Fall so weit wie nur möglich in die Öffentlichkeit zu tragen. Beide sahen sich dem Vorwurf ausgesetzt die Karrieren der Täter zu zerstören und sie sollten doch noch einmal in sich gehen und bedenken, was sie damit anrichten würden. Drohungen blieben in diesem Zusammenhang selbstverständlich nicht aus. Was also geschah? Die Täter wurden zu den eigentlichen Opfern der Vergewaltigung gemacht – sie schienen für ihre Taten keine Verantwortung zu haben.

Eine solche Einstellung lässt sich bei vielen Menschen beobachten, sei es bei Eltern, die ihren Töchtern empfehlen keine kurzen Röcke zu tragen, bei der katholischen Kirche oder in der Justiz unter Richtern. Alltäglicher Sexismus muss bekämpft werden!

Es ist für viele Frauen sehr schwer überhaupt über das Vorgefallene zu sprechen. Sie empfinden große Scham darüber, was ihnen zugestoßen ist. Meist hat ein solches Erlebnis schwerwiegende Folgen – nicht nur körperlich, sondern auch oder vor allem psychisch. Doch anstatt die Opfer der Vergewaltigung zu stützen und die Täter zur Verantwortung zu ziehen, stoßen erstere oftmals auf Ablehnung, gar Feindseligkeit. Erschreckend oft und öffentlich gelten die Sympathien dem Täter, auch wenn dieser es nachweislich getan hat. Bedauerlicherweise scheinen Kriterien wie der gesellschaftliche Status, das Geschlecht und Geld oftmals entscheidend bei der Bewertung von Verbrechen wie Vergewaltigungen zu sein. Das ist eine menschenverachtende Denkweise, die in der Gesellschaft (und sonstwo) keinen Platz haben darf. Umso wichtiger ist es, dass in der Öffentlichkeit über das Thema Vergewaltigungen diskutiert und den wirklichen Opfern zur Seite gestanden wird.

RAPE is caused by:

<input checked="" type="checkbox"/> structural violence <input checked="" type="checkbox"/> rapists	<input checked="" type="checkbox"/> misogyny <input checked="" type="checkbox"/> institutional tolerance
--	---

Not by women's clothes, being in the 'wrong' place, drinking, or not being 'careful enough.'



#1world1struggle

Initiated in the Banda District of Uttar Pradesh in Northern India, the Gulabi Gang was initially intended to punish oppressive husbands, fathers and brothers, and combat domestic violence and desertion. Today, the Gulabi Gang has tens of thousands of women members, several male supporters and many successful interventions to their credit. Whether it is ensuring proper public distribution of food-grains to people below the poverty line, or disbursement of pension to elderly widows who have no birth certificate to prove their age, or preventing abuse of women and children, the Pink sisterhood is in the forefront, bringing about system changes by adopting the simplest of methods - direct action and confrontation.

www.gulabigang.in



just-girly-things



Kommentar

Kristina Schröder und die rosa Nagelfeilen

Alles fing mit einer Nagelfeile an, genauer mit vier Nagelfeilen, rosa, aus Papier. Sie sollten Werbung machen für den Equal-Pay-Day. Wer sich das ausgedacht hat, hat aber keine gender-studies studiert, war mein erster Gedanke. Meine Mutter ganz entsetzt, was ich denn jetzt schon wieder zu meckern habe. Naja, rosa Nagelfeilen, die auf Diskriminierung von Frauen aufmerksam machen sollen und gleichzeitig platteste Klischees reproduzieren, seien jetzt zumindest ohne Erläuterung und „reclaim pink“ oder so was in der Richtung wenig clever. Wer sich die wohl ausgedacht habe? So machte ich mich auf den weiten Weg durch das Internet.

Der Equal-Pay-Day finde in 'schland seit 2008 jedes Jahr auf Initiative der Business and Professional Women Deutschland e.V. (BPW) statt und wolle auf die bestehenden Entgeltunterschiede aufmerksam machen, lese ich dort. Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, Frauen erhalten im Durchschnitt und unbereinigt rund 22% weniger Lohn als Männer. Wenn wir jetzt von 52 Wochen ausgehen und fünf Arbeitstagen die Woche, dann bedeutet das, dass Frauen bis zum 21.März des Jahres 2013 arbeiten müssen, um auf das Entgelt ihrer männlichen Kollegen des Jahres 2012 zu kommen. Deshalb ist am 21.3.2013 Equal-Pay-Day. Unterstützt von Kristina Schröder. Ich stutze schon wieder und suche also weiter.

Der Equal-Pay-Day wird organisiert vom Business and Professional Women Deutschland e.V., habe ich herausgefunden. Wer ist das eigentlich? Klingt ja schon mal sympathisch nach professioneller Wirtschaftskompetenz und Solidarität aller Beherrschten untereinander oder so. Bei einer großen, kostenlosen Videoplattform im Internet findet sich ein Imagefilm dieser professionellen und im Business engagierten Frauen. Dort präsentieren sie sich unter Verweis auf den Equal-Pay-Day als einer der führenden Frauenverbände. Viel mit Netzwerken und Kontakten, noch mehr Netzwerken, Managerinnen, die erzählen was frau* alles schaffen kann, wenn sie nur richtig netzwerkt und sich ordentlich reinhängt. Alles nicht wirklich verwerflich, aber auch nicht gerade fortschrittlich. Eine typische Reproduktion der Erzählung von Chancengerechtigkeit als erstrebenswertes Ideal. Alle erhalten eine kleine Chance, eine*r hat den Hauptgewinn und der Rest, naja, mit viel Glück ein paar Almosen vom Hauptgewinn.

Also wieder zurück zum Equal-Pay-Day. Der Equal-Pay-Day hat dieses Jahr als Schwerpunkt: „Lohnfindung in den Gesundheitsberufen - Viel Dienst, wenig Verdienst“. Ja, analytisch korrekt. Aber was wird gefordert? Auf der BPW Germany Seite findet sich eine Präsentation, welche unter „Ziel der Kampagne“ folgendes fordert:

„Information über die Aufgaben der Akteure des Lohnfindungsprozesses im Gesundheitswesen, ihre Handlungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen“. Ich würde fast raten, dass die Tarifpartner*innen genau wissen, was sie tun und tun können, aber wenn's Spaß macht, Information und Weiterbildung ist meistens gut. Weiter auf der Folie:

„Breite Information über die unzulängliche Einkommenssituation in Gesundheitsberufen: Werbung für eine Politik der monetären Aufwertung zur Sicherung einer qualitativollen Versorgungsstruktur im Interesse der Beschäftigten [&] im



Interesse der Patient*innen und Pflege- und Unterstützungsbedürftigen“. Klingt soweit ganz sinnvoll. Hier gibt es ein Problem, lass mal drüber reden: es gibt viele Menschen, die sich den Arsch aufreißen und dafür kein Geld kriegen. Doch dann kommt der Brüller: „und nicht zuletzt im Interesse aller, die sich eine Unterbrechung oder Verkürzung ihrer Erwerbsarbeitszeit für Pflegeaufgaben nicht leisten können oder wollen“.

Die Forderung ist also ernsthaft, dass „wir“ deshalb Pflegekräften mehr zahlen sollten, damit „wir“ mehr Lohnarbeiten können? Das ist der Grund? Mich überzeugt es nicht, aber meinetwegen. Der Brüller, den ich meinte, ist aber, dass das alles extrem weiche, eigentlich gar keine Forderungen sind. Da ergibt sich kein Handlungsdruck. Es wird weder ein Gesetz gefordert, noch steht dort irgendeine Zahl, an der irgendetwas gemessen oder geprüft werden kann, noch nicht einmal eine freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmer*innen wird gefordert.

Also um es zusammenzufassen: Da gibt es einen riesigen Verband, der international organisiert ist und insgesamt 30.000 Mitglieder hat. Dieser Verband hat ein Prestigeprojekt. Das Prestigeprojekt ist zwar unglaublich groß (800 Veranstaltungen bundesweit), aber beim Schwerpunktthema ist leider keine Forderung da, die irgendwie umgesetzt werden müsste. Noch nicht mal für eine Messzahl oder eine Aufforderung zur Selbstverpflichtung hat es gereicht. Das erinnert mich an, ach genau, die Frauenquote von Kristina Schröder. Keine Zielmarke, kein Gesetz, ok eine freiwillige Selbstverpflichtung (aber ohne Sanktionsmechanismen), also de facto nichts. Jetzt verstehe ich auch warum die Frauenministerin das Projekt so gerne unterstützt: Feminismuscredits ohne dafür irgendwem auf die Füße zu treten.

Ein Equal-Pay-Day, der etwas erreichen könnte, müsste nämlich nicht zuletzt der heiligen, internationalen Wettbewerbsfähigkeit in Form der Lohnstückkosten mit konkreten Forderungen auf die Füße treten. Oder - um das zu vermeiden - ein noch größeres Risiko eingehen: Der Equal-Pay-Day sollte nicht nur mit lustigen Flyern auf eine Benachteiligung von Frauen* aufmerksam machen, sondern das Ende der Privilegien von Männern einfordern und ein Treffen der Löhne und Gehälter in der Mitte anstreben, bei gleicher Verteilung der Care-Arbeit zwischen den Schichten und Geschlechtern, am Ende sogar noch eine Senkung der Wochenarbeitszeit, um das alles zu ermöglichen! Meine Verwunderung ist verschwunden, Kristina Schröder macht nur mit, weil sie weiß, dass von einem fröhlichen Equal-Pay-Day mit rosa Nagelfeilen keine Gefahr ausgeht, unbequeme Forderungen zu unterstützen. Die Nagelfeilen kamen übrigens von Verdi.

Kommentar

Ein Jahr Gauck

Am 18.03. haben wir alle still und heimlich ein Jahr Präsident Gauck gefeiert. Oder auch nicht. Grund genug einen kleinen Rückblick zu wagen. Gauck war, so will es mir scheinen, eher eine Verlegenheitslösung. Sein Vorgänger musste schnell gehen, weil er vielleicht etwas zu ehrlich war. Dessen Vorgänger wiederum war wohl etwas zu unehrlich, bis er dann ging, hat es aber gedauert. Dann aber musste schnell jemand neues her, um das Amt zu retten. Jemand der niemandem Weh tut. Gauck tut niemandem Weh.

In die Kamera lächeln, freundlich sein, Hände schütteln und zuhören, etwas von Freiheit blubbern (natürlich „Freiheit in Verantwortung“®) und erzählen wie schön es hier ist und wie schlimm es damals im Osten war. Gauck tritt immer wieder auf als das personifizierte „Geh doch nach drüben!“, das früher wohl manchem Kritiker als Totschlagargument entgegen geworfen wurde. Da wird eine Debatte über Antikapitalismus auch schon mal als „unsäglich albern“ abgetan. Den Traum von einer Welt, in der man sich von der Bindung der Märkte entledigen könnte, findet er romantisch. Und meint das abwertend.

Romantisch im positiven Sinn finde ich seine Träume auch nicht. Überhaupt mangelt es ihm an Träumen und Visionen. Ein*e Bundespräsident*in, wenn „wir“ denn überhaupt eine*n bräuchten, soll nicht Chefideolog*in sein, Visionen diktieren und auf den Tisch hauen, endlich sagen wo's langgeht. Ganz im Gegenteil. Aber solch eine blauäugige Idealisierung des Bestehenden als die beste aller möglichen Welten ist ebenso falsch. Aber sie tut niemandem Weh. Zumindest niemandem, dem das Bestehende nicht Weh tut.

Als Wulff und Köhler gescheitert waren, wurde diskutiert, ob „wir“ das Amt der Bundespräsident*in überhaupt noch brauchen. Ich hab damals schon nicht verstanden, wofür. Ich könnte hier noch weiter detailliert auseinander nehmen, was Gauck alles falsch macht, aber den „Richtigen“ nicht Weh tut (Naziopfern die Begleitung durch Anwälte verweigern; Unterstützung Agenda 2010; Krieg in Afghanistan gut finden und die glückssüchtige Gesellschaft verurteilen; Sarrazin Mut zusprechen; Antisexismus als Tugendfuror bezeichnen; usw. usf.), aber das spare ich mir mal. Es geht auch nicht um Gauck. Für die Hälfte von der Kohle unterschreibe auch ich die Gesetze und lächle nett in die Kamera. Die von Gauck gepriesenen freien Märkte würden sicher auch jemanden finden, der*die das billiger macht.

#notmypresident

Studiengebühren Adé?

Bayern und Niedersachsen waren bis vor einigen Monaten die letzten beiden Bundesländer, deren Regierungen an allgemeinen Studiengebühren festhielten. Nun ist die Bildungsmaut auch in diesen letzten Bastionen gekippt - oder zumindest die Abschaffung angekündigt. Wirft man jedoch einen genaueren Blick auf diese Bundesländer und auch auf die anderen, so kann noch lange nicht von einem kostenlosen Zugang zu Bildung gesprochen werden. In fast allen Bundesländern gibt es zum Beispiel Verwaltungsgebühren, welche einfach pauschal erhoben werden, ohne dass eine genaue Verwendung nachvollziehbar ist. Noch versteckter sehen Gebühren jedoch in den oben genannten Bundesländern in Zukunft aus.



Die bayerische Landesregierung will weiter an Gebühren für Zweitstudiengänge und Gebühren für ausländische Studierende festhalten. Die zukünftige rot-grüne Koalition in Niedersachsen hat bereits Langzeitstudiengebühren in ihren Koalitionsvertrag niedergeschrieben. Von einer allgemeinen Gebührenfreiheit kann also noch lange nicht die Rede sein. Es scheint sich bisher nur durchgesetzt zu haben, dass Gebühren kontraproduktiv für einen Wahlsieg sind - nicht aber, dass sie sozial selektiv sind und gesellschaftliche Probleme verschärfen. Der Kampf gegen die Gebühren für Bildung muss also weiter gehen, bis die Finanzierung von Bildung endgültig gesellschaftlich getragen wird.

Stürmische Zeiten! Naziaufmarsch am 1. Mai verhindern, befreite Gesellschaft erkämpfen!

Am 1. Mai 2013 wollen Neo-Nazis aus ganz Deutschland unter dem Motto ‚Raus aus dem Euro – Gegen Euro und Großkapital‘ eine Kundgebung an der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main abhalten. Die Werbetrommeln rühren sie mit einer völkischen „Kritik“ am Kapitalismus. Dies mit allem zu verhindern was notwendig ist, steht außer Frage, dennoch wäre es ein Trugschluss zu glauben, dass Antisemitismus, Homophobie und andere menschenfeindliche Ideologien nur von Neo-Nazis vertreten werden. Es sind Ideologien, die nicht das Gegenteil dieser vermeintlich ach so menschenfreundlichen Gesellschaft darstellen, sondern in ihr angelegt sind. Dementsprechend gehören sowohl diese Ideologien, als auch die sie reproduzierende Gesellschaft bekämpft.

Gegen reaktionäre Kapitalismuskritik und jeden Antisemitismus

In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Demonstrationen und Kampagnen, in denen Neo-Nazis gegen ‚die Globalisierung‘, ‚den Euro‘ oder ‚die Großbanken‘ wetterten. Mit Slogans wie ‚Global dient dem Kapital – Sozial geht nur national‘ oder ‚Kapitalismus – Feind der Völker‘ versuchen sie, eine kapitalismuskritische Position für sich zu beanspruchen. Dabei spielen sie sich als ‚Anwalt der kleinen Leute‘ auf und setzen mit ihrer Propaganda an Ressentiments an, die bereits in weiten Bevölkerungsteilen verankert sind. Der ‚kleine, arbeitsame Deutsche‘ soll verteidigt werden gegen das ‚große Geld, die Heuschrecken und Spekulanten‘. Hier schlägt sich die alte antisemitische Weltanschauung nieder, nach der die Wirtschaft in gutes, ‚schaffendes Kapital‘ (deutsche Industrie, Handwerk etc.) und böses, ‚raffendes Kapital‘ (Finanzmarkt, Banken etc.) gespalten sei. Die NPD und ihre Volksgenoss_innen haben also nichts gegen die Grundprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise: Lohnarbeit und Ausbeutung. Arbeit ist ihnen vielmehr ein Muss, das Alle zum Wohle der ‚deutschen Volksgemeinschaft‘ zu leisten haben. Die reaktionäre Kapitalismuskritik der Neo-Nazis kennt somit keine Klassen, sondern nur das ‚deutsche Volk und seine Feinde‘. Sie haben nur mit jenen ein Problem, die Einkommen beziehen, das ihrer Ansicht nach nicht aus eigener produktiver Arbeit resultiert – und das sei vor allem bei (jüdischen) ‚Spekulanten‘ und (ausländischen) Erwerbslosen der Fall. Die ‚Kapitalismuskritik‘ richtet sich somit nicht gegen das ausbeuterische System des Kapitalismus, sondern gegen bestimmte Personengruppen, die für das ‚Elend des deutschen Volkes‘ verantwortlich erklärt werden.

Diese personalisierende Kritik macht die gefährliche, teils mörderische Komponente dieser vermeintlichen Kapitalismuskritik aus. Sie verbindet sich nahtlos mit antisemitischen Stereotypen. In ihrem Aufruf zum 1. Mai 2013 bezeichnet die NPD die Europäische Zentralbank als eines ‚der Krebsgeschwüre unserer Zeit‘. Diese Bezeichnung ist ein antisemitischer Ausdruck, mit dem Menschen jüdischen Glaubens als Fremdkörper diffamiert werden, die das Volk von innen her zersetzen. Es ist kein Zufall, dass die NPD im Wahljahr 2013 genau dieses Thema in das Zentrum ihrer Agenda gesetzt hat. Sie hofft auf offene Ohren zu stoßen und hat hierbei auch gute Chancen, denn Antisemitismus – auf der Grundlage einer personalisierenden Kapitalismuskritik – war noch nie ein gesellschaftliches Randphänomen. Jüngste Studien verdeutlichen einmal mehr, dass die klassischen antisemitischen Ressentiments, die Juden besäßen zu viel Einfluss oder seien wegen ihres eigenen Verhaltens selbst Schuld daran, dass sie gehasst und verfolgt werden, immer noch weit verbreitet sind.



Rassismus tötet...

Rassismus ist in Gestalt von verbalen und körperlichen Übergriffen eine alltägliche Praxis. Seit 1990 wurden in der BRD mindestens 192 Menschen aufgrund von rechtsradikalen Motiven getötet. Vor allem aufgrund der permanenten, durch staatliche Behörden betriebenen Entpolitisierung von Übergriffen ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer weitaus höher ist. Wieviel Menschen allein an den Grenzen Europas durch die europäische Außenpolitik ihr Leben lassen ist unbekannt. Gepusht durch Politik und Medien, welche Zuwanderung als Problem darstellen, von ‚Flüchtlingsschwemmen‘, ‚Migrationsfluten‘ und ‚Überfremdung‘ sprechen, bekommt die bürgerliche rassistische Stammtischmeinung Futter und spielt so auch den NPD Wähler_innen in die Arme. In der BRD zeichnet sich eine rassistische Grundtendenz bspw. durch eine konsequente Ablehnung der ernsthaften Auseinandersetzung mit den Pogromen der 1990er Jahre ab. Die Angriffe auf Asylbewerber_innenheime z.B. in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda wurden während der staatlichen Gedenktage zu Taten von Einzelpersonen – die Mitverantwortung von Politik, Zuschauer_innen, Staatsorganen und sogenannter bürgerlicher Mitte werden nicht thematisiert. Die menschenfeindliche Konsequenz der Pogrome war die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl – denn wo keine Menschen mit Migrationshintergrund sind, da können auch keine angegriffen werden. Dieser ‚Asylkompromiss‘ jährt sich 2013 zum 20. Mal. Denjenigen, die es dennoch in die BRD schaffen, wird das Leben durch Residenzpflicht, Lebensmittelmarken und unwürdige Lebensverhältnisse z.B. in Lagern zur Hölle gemacht; ganz zu schweigen von dem Leben als Illegalisierte.

Hervorgegangen aus dieser Zeit ist auch der Nationalsozialistische Untergrund – kurz NSU. Dessen Mordserie verdeutlicht den strukturellen Rassismus der staatlichen Organe einmal mehr. Zunächst wurden die Angehörigen der Opfer verdächtigt, ein kulturell bedingter Tathintergrund wurde heraufbeschworen und die Mordserie unter dem Namen ‚Dönormorde‘ behandelt. Später zeigten sich zwar alle schwer betroffen, in der öffentlichen Diskussion blieben die gesellschaftlich geschaffenen Bedingungen, die einer solchen Mordserie durch alltäglichen Rassismus erst den Weg bereiteten, außen vor. Derweil wurde die Aufklärung und Ermittlung in Sachen NSU durch immer neue angebliche ‚Ermittlungsspannen‘, die Vernichtung von Akten und die systematische Verdunklung dessen, in welchem Maße die Geheimdienste den NSU möglich machten, ersetzt. So verwundert die Mitgliedschaft deutscher Beamt_innen in rechtsradikalen Organisationen, wie beispielsweise dem Ku-Klux-Klan, nicht weiter.

Ob in Deutschland, Europa oder auch dem Rest der Welt – Rassismus findet in rechtsradikalen Taten nur ihre Spitzen, unterstützt wird er von denen, die zuschauen, akzeptieren und eine Auseinandersetzung damit verhindern.

... und der Bezug zum Patriarchat

Zentral für den Volksgemeinschaftsgedanken der Neo-Nazis ist die Erhaltung und Vermehrung des ‚gesunden Volkes‘. Grundlage dafür ist unter anderem die Unterordnung der Menschen unter die patriarchale Verteilung der Geschlechterrollen, die mit der bürgerlichen Gesellschaft entstanden sind; die Frau als Mutter und Ehefrau, der Mann als Arbeiter und Versorger. Diese Rollenverteilung ist nicht nur in Denkstrukturen verankert, sondern manifestiert sich auch ganz praktisch in sexualisierten Übergriffen.

Leider gehören diese für Frauen im Alltag zur Regel; so macht jede 3. Frau in ihrem Leben die Erfahrung von sexualisierter Gewalt - bezeichnenderweise erkannte der Staat erst 1997 die Vergewaltigung in der Ehe als solche an. Diese gesamtgesellschaftliche Ignoranz spiegelt sich auch im so genannten ‚victim-blaming‘ wieder, bei dem Frauen eine Teilschuld an den Vergewaltigungen zugesprochen wird und das auch seine Anwendung in Gerichtsurteilen findet. Diese Denkweise schließt an die Vorstellung von ausschließlicher biologischer und gesellschaftlicher Zweigeschlechtlichkeit an und dem Zwang sich dieser unterzuordnen. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass Menschen und Beziehungen nicht nur von Neo-Nazis nach ihrer biologischen Reproduktionsmöglichkeit beurteilt werden: Gleichgeschlechtliche und andere, von der heteronormativen Idee der Paarbeziehung abweichende Beziehungsformen werden in der BRD nach wie vor diskriminiert; Asylanträge auf Grund der sexuellen Identität sind faktisch aussichtslos.

Auch wenn Frauen heute bei der NPD, Kameradschaften und „Autonomen Nationalist_innen“ inzwischen einzelne Aufgabenbereiche angetragen werden, hat sich am konstruierten ‚natürlichen‘ Geschlechterbild bis heute nur wenig verändert. Gerade in dem Festhalten an diesen Rollenbildern unterscheidet sich die neonazistische Position kaum von denen Konservativer oder der sog. Mitte.

Grenzen des bürgerlichen Antifaschismus

Es wäre ein Irrglaube zu meinen, dass menschenfeindliche Positionen nur von Neo-Nazis vertreten würden, auch wenn es Unterschiede in der Schärfe und Intensität, in der solche Positionen gedacht und vertreten werden, gibt.

Auch am 1. Mai wird es, wie immer, wenn Neo-Nazis auftauchen, von allen Seiten schallen, dass Frankfurt doch eine ach so bunte Stadt sei, dass wir lieber bunt statt braun sein wollen oder dass ‚Nazis raus aus Frankfurt‘ müssten. Am besten ge-

schieht dies natürlich zusammen – ob auf den so beliebten Meilen der Demokratie, bei einer Bratwurst mit der Gewerkschaft des Vertrauens oder in einer Menschenkette. Immer wieder wird erstaunt festgestellt, dass sich in ‚unserem geläuterten Deutschland‘, in ‚unserem multikulturellen Frankfurt‘ solche Einstellungen breit machen können. ‚Wo wäre Deutschland, hätten wir keine Gastarbeiter gehabt oder keinen Klose, der für uns Tore schießt!?!‘. Ganz zu schweigen davon, dass Deutschland sich als exportorientiertes Land Ausländerfeindlichkeit überhaupt nicht leisten könne, wie der Menschenfreund und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich unlängst bemerkte. Solche Argumentationsmuster und die immer gleiche ‚bunt statt braun‘ – Rhetorik kennen wir zu genüge.

Wenn Neo-Nazis jedoch für ihre Gefährdung des Standort Deutschlands kritisiert werden, anstatt für ihre mörderische Praxis; wenn staatliche Behörden ausschließlich für ihr Versagen kritisiert werden und nicht für ihre alltägliche strukturelle Gewalt; wenn vermeintlich linke Parteien, die 1992 dem ‚Asylkompromiss‘ zustimmten, Rassismus als neo-nazistisches Phänomen sehen und die zutiefst rassistischen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge ausblenden, dann ist es für eine sich als emanzipatorisch verstehende radikale Linke um so wichtiger sich vor Augen zu führen, dass das Ziel linksradikaler Intervention immer die Aufhebung aller Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse sein muss. Dementsprechend gilt es, sich sowohl Neo-Nazis entschlossen entgegen zu stellen, als auch den rassistischen Normalzustand zu thematisieren und zu bekämpfen.

Jedes Auftreten von Neo-Nazis stellt eine direkte Gefahr für alle Menschen dar, die nicht in ihr Weltbild passen. Dem muss eine organisierte antifaschistische Solidarität entgegen gesetzt werden!

In diesem Sinne gilt es nicht nur am 1. Mai den Neo-Nazis mit allen Mitteln den Tag zu vermiesen, sondern auch das propagierte Bild des ‚toleranten Frankfurts‘ als scheinheilig zu entlarven und ihm einen konsequenten Antifaschismus entgegen zu setzen.

Kommt am 1. Mai nach Frankfurt

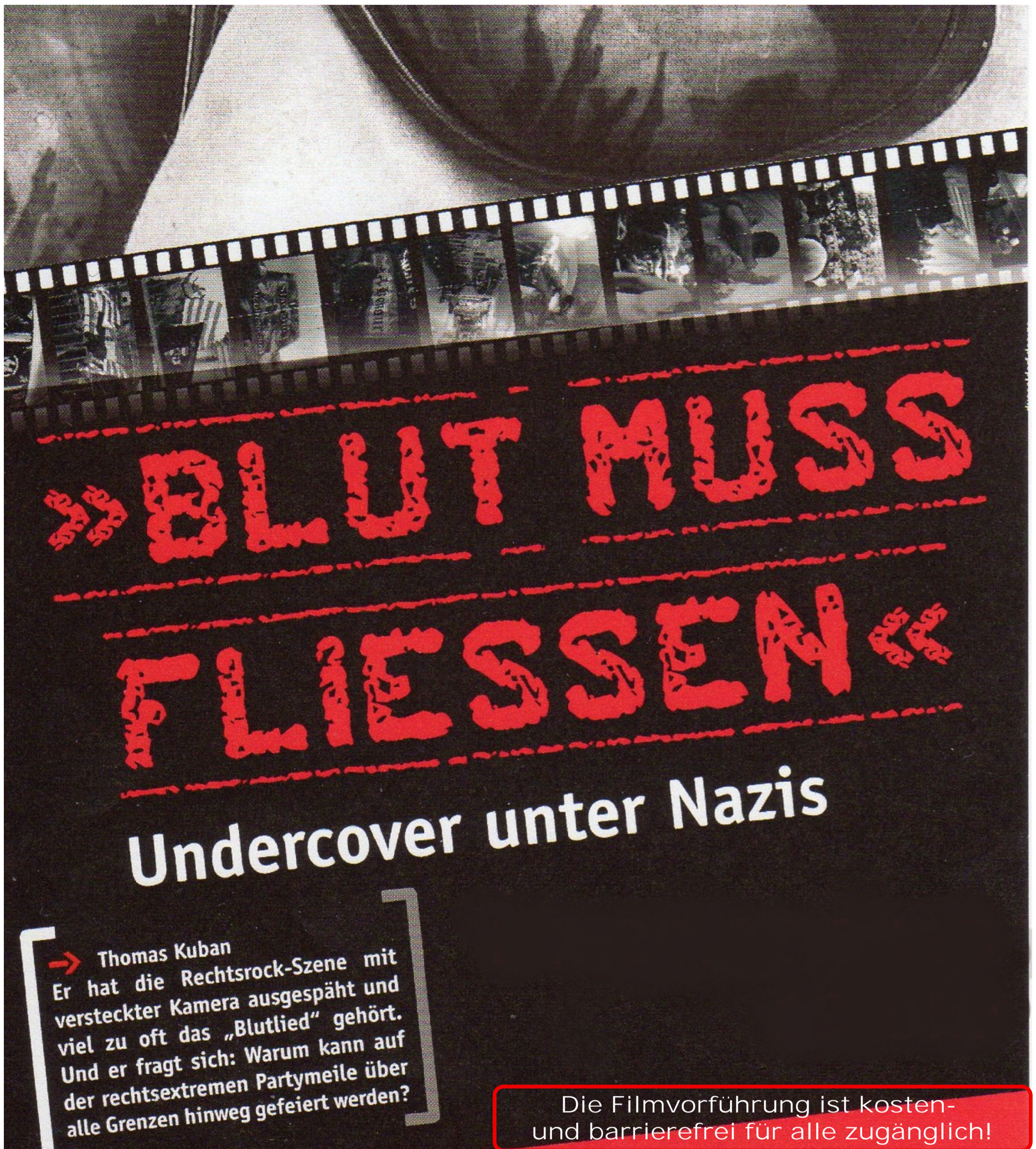
Naziaufmärsche verhindern!

Für eine befreite Gesellschaft kämpfen!

Wer den Aufruf unterstützen möchte, meldet sich bitte bei der Mailadresse: sturmische-zeiten@riseup.net

Wir dokumentieren hier den Aufruf der Campus Antifa aus Frankfurt a.M. zur Verhinderung der Kundgebung von Neo-Nazis am 1. Mai in FFM. Mehr Infos findet ihr z.B. unter: <http://campusantifa.blogspot.de>





**25.04. - 18:30 Uhr im Audimax
(Hörsaalgebäude, Biegenstr. 14)
mit Diskussion im Anschluss**

GEZ-Info

Die Rundfunkgebühr wird zum Rundfunkbeitrag - und das hat einige Auswirkungen, gerade für Studierende. Über die Neuerungen und Fallstricke möchten wir dich im Folgenden informieren.

Wofür Rundfunkbeiträge?

Das in Deutschland betriebene öffentlich-rechtliche Radio- und Fernsehprogramm wird durch Gelder finanziert, die die (potentiellen) Nutzer*innen bezahlen müssen. Zum 1. Januar 2013 wurde das Gebührenmodell, nach dem nur die oder der bezahlen musste, wer ein Radio, Fernseher oder Computer besaß, ersetzt. Seitdem muss für jede Wohnung ein Beitrag von 17,98 Euro je Monat entrichtet werden, unabhängig davon, wie viele Geräte betrieben werden oder wie viele Menschen dort wohnen. Es gibt auch keine Ermäßigung mehr, wenn nur ein Radio oder ein Computer vorhanden sind - es wird immer der volle Beitrag fällig.

Was ist denn eine Wohnung?

Der Rundfunkbeitragsstaatsvertrag definiert eine Wohnung als "jede ortsfeste, baulich abgeschlossene Raumeinheit, die zum Wohnen oder Schlafen geeignet ist oder genutzt wird und durch einen eigenen Eingang unmittelbar von einem Treppenhaus, einem Vorraum oder von außen, nicht ausschließlich über eine andere Wohnung, betreten werden kann" (§ 3 Abs. 1 RBStV).

Für diese Wohnung fällt dann jeweils der Beitrag an, gleichgültig, wie viele Personen dort leben.

Damit dürfte auch ein Zimmer in einem Wohnheim die Definition der Wohnung erfüllen, selbst dann, wenn Toilette und Dusche geteilt werden. Ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft wird dagegen keine eigene Wohnung sein, weil es meist an dem eigenen (ausschließlichen) Eingang zum Zimmer fehlt.

Kann ich mich befreien lassen?

Grob gesprochen können sich alle Menschen, die Sozialleistungen beziehen, vom Beitrag befreien lassen. Insbesondere Bezieherinnen und Bezieher von BAföG zählen dazu - die Befreiung muss allerdings eigens beantragt werden und gilt nur so lange, wie Leistungen bezogen werden. Ein Formular für die Befreiung bekommst du beim Beitragsservice, Adresse siehe unten. Wichtig: Hast du den Leistungsbescheid erhalten, musst du den Befreiungsantrag innerhalb von zwei Monaten stellen! Absurder Weise musst du den Bescheid im Original oder in beglaubigter Kopie (!) einreichen - Beglaubigungen kann entweder die Behörde vornehmen, die den Bescheid ausgestellt hat, eine Notarin/ein Notar oder (in Hessen) das Ortsgericht (Kosten: 3 bis 6 Euro).

Wer zahlt in der Wohngemeinschaft?

Wohnen mehrere Personen in einer Wohnung zusammen, fällt für die Wohnung nur ein Beitrag an. Hierzu sollte sich eine Person aus der Wohnung beim Beitragsservice anmelden, die Gebühr bezahlen und sich die anteilige Gebühr von den anderen dort wohnenden Menschen geben lassen. Formal kann die jeweilige Rundfunkanstalt die Gebühren von jeder in der Wohnung wohnenden Person verlangen (also auch mehrfach pro Wohnung, wenn die Wohnverhältnisse nicht klar sind) - es liegt an euch, im Zweifelsfall zu beweisen, dass der Beitrag bereits entrichtet wird.

Befreiung in der WG

Wohnst du mit einer Person zusammen, die - z.B. wegen BAföG-Bezug - vom Beitrag befreit ist, schulden die übrigen Menschen trotzdem den Beitrag. Da die Person befreit ist, reduziert sich aber dann die Zahl der Menschen, auf die der Beitrag umgelegt werden kann. Die Idee, dass die Person, die eine Sozialleistung bezieht, sich anmeldet und befreien lässt und damit die anderen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner quasi auch befreit sind, ist zwar charmant, wird aber in der Praxis leider nicht funktionieren: Da die Rundfunkanstalten die Meldedaten bei den Meldeämtern abgreifen können, werdet ihr irgendwann auffliegen.

Meldepflicht

Zudem bist du verpflichtet, dem Beitragsservice alle relevanten Änderungen mitzuteilen: Wenn du eine neue Wohnung beziehst (Anmelden), aus einer Wohnung ausziehst (Abmelden) oder sich Daten ändern (z.B. der Name, Konto usw. - Änderungsmeldung). Das gilt aber nur dann, wenn in der Wohnung noch kein Beitrag gezahlt wird - hat sich bereits eine Person angemeldet, bist du aus dem Schneider.

Beitragsermäßigung

Eine Ermäßigung ist leider nicht mehr so einfach möglich, wie das bei den alten Rundfunkgebühren war: Hast du eine anerkannte Sehbehinderung von wenigstens 60%, bist du gehörlos oder zu mindestens 80% behindert, reduziert sich der Beitrag auf ein Drittel (also 5,96 Euro), sonst ist wie für alle Anderen der volle Beitrag fällig.

Ich habe aber kein Geld für den Quatsch!

Hast du nur ein geringes oder gar kein Einkommen, ändert das leider nichts an der Beitragspflicht. Kann eine Bedürftigkeit nicht über einen Bescheid von Sozialleistungen nachgewiesen werden, fällt immer der volle Beitrag an. Das wird vor allem ausländische Studierende betreffen, die auf Grund von Einschränkungen in ihrem Visum von Sozialleistungen ausgeschlossen sind. Zahlst du den Beitrag nicht von dir aus, wird die Rundfunkanstalt in der Regel einen Beitragsbescheid erlassen und dann ein Vollstreckungsverfahren einleiten. Dieses wird dann ohne weiteres Gerichtsverfahren von einem Vollstreckungsbeamten z.B. der Stadtkasse oder des Finanzamts, durchgeführt und ist landläufig als Pfändung bekannt. Da die Gebühren und Auslagen für die Vollstreckung von dir übernommen werden müssen und den Rundfunkbeitrag schnell übersteigen können, solltest du dieses Verfahren unbedingt vermeiden.

Ich bin aber ein Härtefall!

Der RBStV definiert die Härtefälle so:

"Ein Härtefall liegt insbesondere vor, wenn eine Sozialleistung ... in einem ... Bescheid mit der Begründung versagt wurde, dass die Einkünfte die jeweilige Bedarfsgrenze um weniger als die Höhe des Rundfunkbeitrags überschreiten." (§ 4 Abs. 6 RBStV)

Im Klartext heißt das: Nur wenn du z.B. BAföG oder ALG II um weniger als 17,98 Euro "verpasst", gilst du als Härtefall. Bedingung dafür ist dann wieder, dass du einen entsprechenden Antrag stellen kannst. Im Umkehrschluss heißt das, dass alle Anderen den Rundfunkbeitrag in voller Höhe zahlen müssen - auch wenn sie kein Geld haben.

So'n Mist - ich stell mich einfach tot!

Das ist die schlechteste aller Möglichkeiten. Was zur Zeit der Rundfunkgebühren noch recht gut ging, weil nur für Geräte bezahlt werden musste, die man auch benutzte (und man immer behaupten konnte, dass man ja gar kein Radio hat...), geht jetzt nicht mehr. Eine Zahlungspflicht besteht für alle und die Rundfunkanstalten erhalten die Meldedaten von den Einwohnermeldeämtern - damit gibt es praktisch keinen Weg mehr, dem Beitrag zu entkommen. Im Zweifelsfall werden die aufgelaufenen Beiträge einfach vollstreckt, wie das z.B. bei Steuerschulden auch der Fall wäre (siehe oben) - und das ist nervig, unangenehm und teuer. Mach also deine Post auf und reagier im Zweifelsfall darauf!

Kontakt zum Beitragsservice

Alle Fragen zum Rundfunkbeitrag beantwortet der
ARD ZDF Deutschlandradio
Beitragsservice

50656 Köln

www.rundfunkbeitrag.de

Der Hessische Rundfunk hat zudem eine (kostenlose) Beitrags-Hotline eingerichtet, die bis Ende Juli unter
Tel. (0800) 744 744 1 und beitragsservice@hr.de erreichbar ist.

Noch Fragen?

Dann komm doch einfach in die Sprechstunden der AStA Sozialberatung - die aktuellen Beratungszeiten findest du auf unter www.asta-marburg.de/sozialberatung.

Dies ist eine leicht gekürzte Version der "Sozialinfo Nr. 1: Der neue Rundfunkbeitrag - Wer zahlt wieviel wofür?" des Sozialreferats des AStA Marburg.

Einige nützliche Beratungsangebote und Anlaufstellen in Marburg

Härtefallberatung

Studierende in finanzieller Notlage können auf Antrag ihren Beitrag zum Semesterticket (SoSe 2013: €138,39) zurückerstattet bekommen. Als soziale Härtefälle gelten - kurz gesagt - alle Studierende, die von ihrem Einkommen nach Abzug von Warmmiete und Krankenversicherungs-Beiträgen weniger als 250,-€/ Monat übrig haben.

Wichtig: Studierende, deren Härtefallantrag bewilligt wurde, können selbstverständlich weiterhin mit dem Studi-Ticket Bus und Bahn fahren.

Sprechstunde:

dienstags 11–13 Uhr und donnerstags 18-20 Uhr (Vorlesungszeit)

donnerstags 11-13 Uhr und 18-20 Uhr (vorlesungsfreie Zeit)

eMail: haertefall@asta-marburg.de

Rechtsberatung

Deine WG steht unter Wasser und der Vermieter macht Stress..., du hast ein rechtliches Problem in deinem Nebenjob und weißt nicht weiter?!

Für solche Fälle gibt es die kostenlose Rechtsberatung vom AStA. Sie wird von einem Marburger Rechtsanwalt durchgeführt.

Beratungszeiten:

mittwochs 10.15–13 Uhr und 18-20 Uhr bzw.

mittwochs 11-13 Uhr und 18-20 Uhr (vorlesungsfreie Zeit)

in den Räumlichkeiten des AStA

Referat für Antifaschismus und Antirassismus

Das Referat befasst sich mit den folgenden drei Schwerpunkten:

- › kritische Beschäftigung mit dem Korporationswesen
- › Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus
- › Unterstützung von Opfern rassistischer oder faschistischer Übergriffe an der Uni

Sprechstunde: dienstags 15-16 Uhr

eMail: antifa-antira@asta-marburg.de

Referat für Homosexualität, Kultur und Wissenschaft (HoKuWi)

Das Referat unterstützt Student_innen bei der Bearbeitung schwul-lesbischer Themen in Semester-, Master-, Bachelor- oder Diplomarbeiten. Eine eigene umfangreiche Bibliothek kann genutzt werden. Das Referat hilft bei der Literaturrecherche (z.B. Medline, PsynindexPlus, PsycInfo), notwendige Fachbücher können angeschafft werden. Des Weiteren sieht es sichn als ein Forum für lesbisch-schwule Initiativen, Kulturveranstaltungen in Form von Filmreihen, Lesungen, Vorträgen, und begrüßt immer neue Ideen.

Das HoKuWi steht allen Interessierten offen!

Sprechstunde:

mittwochs 17– 19 Uhr (oder nach Vereinbarung)

eMail: hokuwi@asta-marburg.de

Sozialberatung

Die Sozialberatung ist eine Anlaufstelle, um sich über Möglichkeiten der Studienfinanzierung zu informieren – und zwar sowohl generell, als auch bei akuten Schwierigkeiten oder in speziellen Lebenslagen (z.B. Studieren mit Kind, Finanzierungsmöglichkeiten und besondere Risiken für internationale Studierende). Sie klärt auf über Ansprüche z.B. auf BAföG, Sozialleistungen, im Job... und vieles mehr.

Beratungszeiten:

montags 15.30-18.30 Uhr / dienstags 10-13 Uhr / mittwochs 12-15 Uhr

jeweils im fsk-Raum im AStA (auch in der vorlesungsfreien Zeit)

Autonomes Frauen-Lesben-Referat (AFLR)

Alle interessierten Frauen sind eingeladen während der Öffnungszeiten im AFLR ganz hinten im AStA (Flur-Ende) auf einen Kaffee, Tee usw. vorbei zu schauen, außerdem könnt ihr Bücher und Filme ausleihen.

Öffnungszeiten:

freitags 11–14 Uhr (offenes Plenum & Ausleihzeit für Bücher/DVDs)

Homepage: aflrmarburg.blogspot.de

eMail: autonomesfrauenlesbenreferat@gmail.com

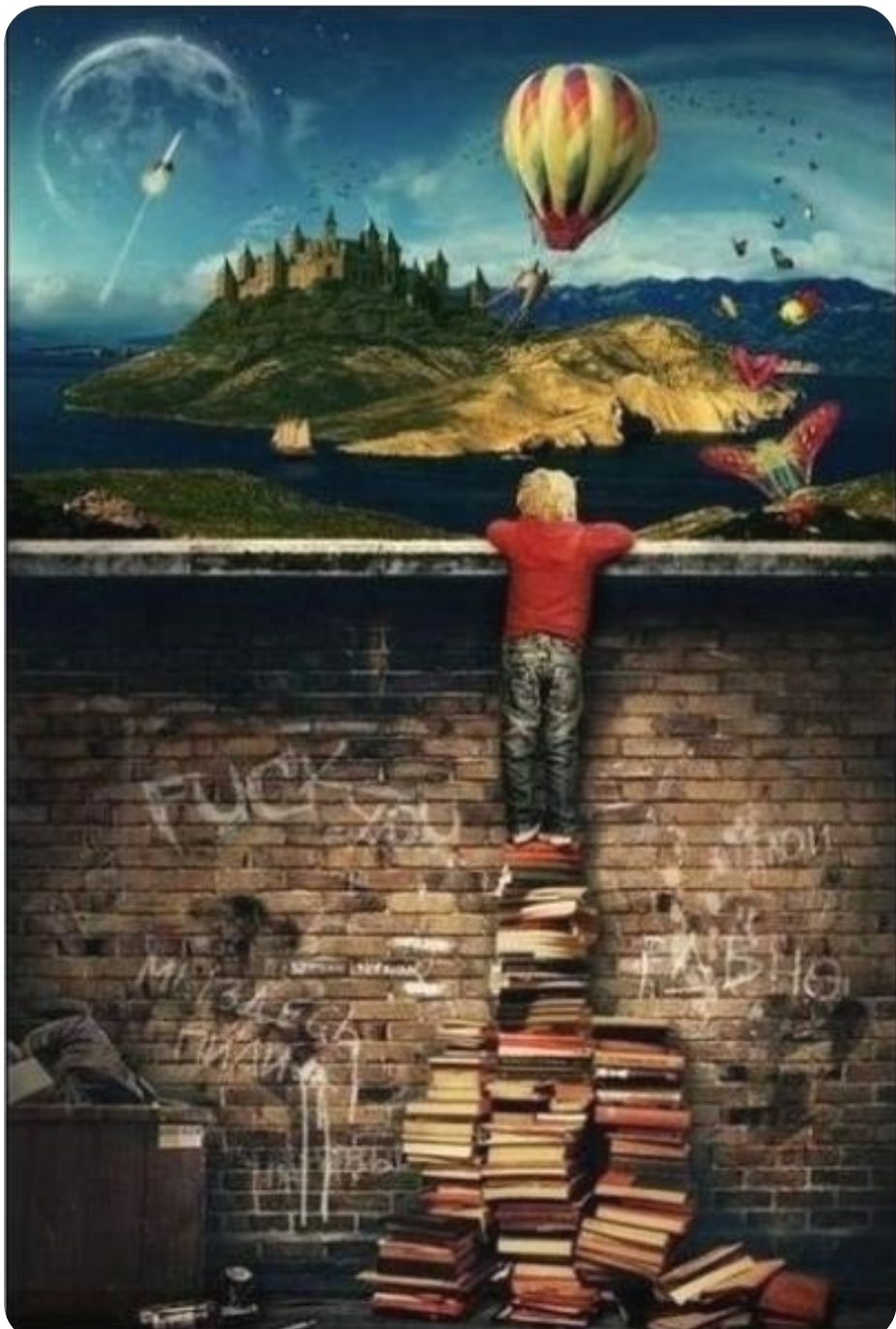
Autonomes Referat für ausländische Studierende (RAS)

Wie der Name bereits verrät, unterstützt dieses Referat ausländische Studierende. Unter anderem gibt es hier Informationen über das Studieren und Leben in Marburg, Hilfe bei bürokratischen Angelegenheiten und eine Übersicht über Sprachkurse.

Sprechzeiten:

montags 12.30-14 Uhr (oder nach Vereinbarung) in einem separaten Raum im AStA-Flur.

eMail: ras@lists.uni-marburg.de



Autonomes Schwulenreferat

Das Referat vertritt die homo-, bi- und transsexuellen Männer* der Universität Marburg. Es ist Ansprechpartner bei allen Fragen und Problemen rund um das schwule* Leben – wie z.B. bei Beratungsbedarf im Rahmen des Coming Out oder bei Diskriminierungsfällen an der Uni. In einer eigenen Mediathek im AStA sammelt das Referat Bücher, DVDs, Infomaterialien und Zeitschriften mit homosexuellem/ queerem Bezug, die allen eingeschriebenen Studierenden zur Verfügung stehen.

Des Weiteren versucht das Referat ein Forum zu bieten, um neue Leute kennenzulernen, sich zu informieren oder einfach mal den heteronormativen Alltag hinter sich zu lassen. Dabei besteht selbstverständlich auch die Möglichkeit, sich selbst einzubringen und hochschulpolitisch aktiv zu werden.

Sprechstunden:

dienstags 19–20 Uhr, donnerstags 16–18 Uhr und nach Vereinbarung

(ausschließlich nach Vereinbarung in der vorlesungsfreien Zeit)

im 1. Raum des AStA-Flurs.

Homepage: schwulenreferatmarburg.wordpress.com

Tel.: 06421/170315

eMail: schwulenreferat@asta-marburg.de

Hilfskraftinitiative

Als Hilfskraft hast du nicht nur Pflichten, sondern natürlich auch Rechte. Die zu kennen lohnt sich: darf dein Arbeitgeber oder deine Arbeitgeberin von dir verlangen, wegen Krankheit versäumte Stunden nachzuarbeiten? Bezahlter Urlaub, ist das drin? Umfassende Informationen bietet der Leitfaden für das Beschäftigungsverhältnis als wissenschaftliche oder studentische Hilfskraft an der Philipps-Universität:

hilfskraftinitiative.blogspot.de/images/Leitfaden_Hilfskraefte.pdf

Eine allgemeine Übersicht zu deinen Rechten im Job findest du hier: dgb-jugend.de/studium/jobben/dein_recht

Homepage: hilfskraftinitiative.blogspot.de

Psychotherapeutische Beratung

Bei allen persönlichen Konflikten, z. B. Studienproblemen, Lern- und Arbeitsschwierigkeiten, Prüfungsproblemen, Kontaktschwierigkeiten, Familien- oder Partnerkonflikten kannst du dich in der Psychotherapeutischen Beratungsstelle für Studierende (PBS) durch Mitarbeiter_innen der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Uni Marburg beraten lassen.

In der PBS wirst du kostenlos und ohne Registrierung deines Namens beraten.

Allgemeine Sprechstunde (ohne Voranmeldung):

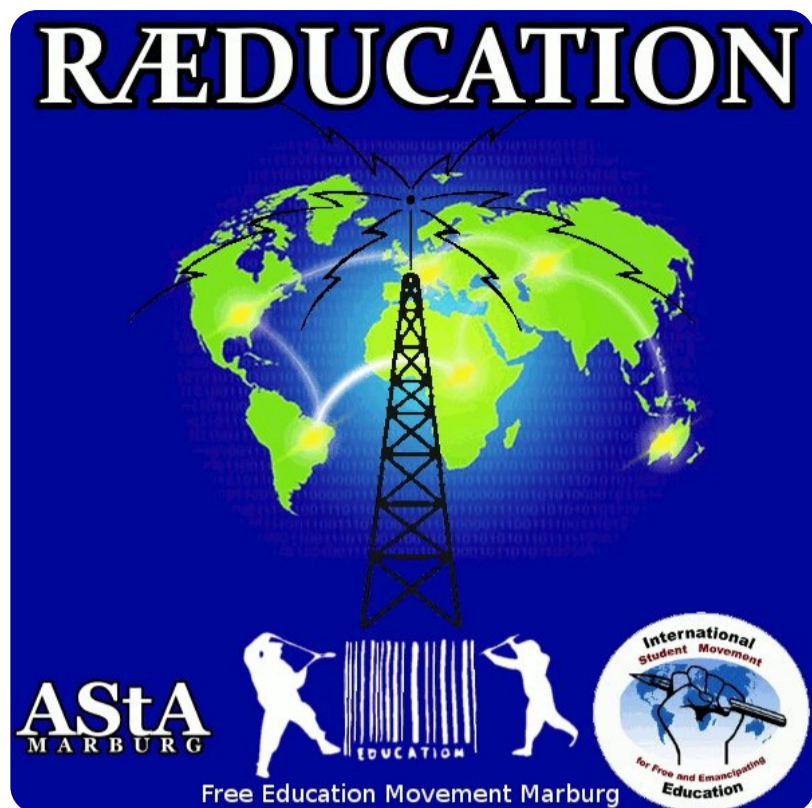
montags 13–15.30 Uhr, mittwochs 9.30–12.30 Uhr und freitags 8–11 Uhr

Adresse: Erlenring 5 (Mensa, Ostflügel, Beratungsstelle)

Tel.: 06421/28-65240

Die Räumlichkeiten des Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) befinden sich im Erlenring 5, angrenzend an die 'Mensa Erlenring'.





An jedem 3. Donnerstag im Monat gibt es ab 22 Uhr bei Ræducation lokale und überregionale News und Hintergründe. Schwerpunkt ist u.a. die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung und anderen Lebensbereiche.

Reinhören auf: UKW 90,1 Radio Unerhört Marburg

Kommentare zur Sendung, Musikwünsche, News- und

Themenvorschläge immer gerne an: raeducation@radio-rum.de.

Wer sind wir?

Wir sind die Gruppe Free Education Movement Marburg und bestehen derzeit aus Studierenden verschiedener Fachrichtungen, freuen uns aber über aktive Beteiligung von Eltern, Schüler*innen und anderen. Wir sehen uns als Teil einer globalen Bewegung für freie emanzipatorische Bildung und verhalten uns zueinander solidarisch. Wir sind uns einig, dass wir innerhalb der Gruppe sowie nach außen Gleichberechtigung und gegenseitigen Respekt anstreben. Somit wenden wir uns gegen alle Formen der Diskriminierung wie z.B. Rassismus, Sexismus, Ageismus oder Diskriminierung aufgrund von sozialem Hintergrund oder Stellung. Wir handeln basisdemokratisch und stimmen unsere Handlungen konsensual ab. Wir streben ein hierarchiefreies Miteinander an. Außerdem verstehen wir uns als offen für alle, die sich den genannten Werten verpflichtet fühlen.

Was machen wir?

Als Gruppe machen wir uns auf die Suche nach Wegen, den Anspruch auf eine freie emanzipatorische Bildung für alle zu verwirklichen.

Dazu gehört u.a. das Zusammenstellen des Newsletters, die monatliche Radiosendung Raeducation, sowie die eine oder andere Aktion.

Kontakt

Falls du neugierig geworden bist, aber keine Zeit hast zum offenen Treffen am 02. Mai zu kommen, dann kannst du dir auch auf unserem Blog einen Eindruck verschaffen: www.freedumm.net

Fragen oder Anmerkungen an FreEduMM oder die Autor_innen bitte an: freedumm@gmx.de

Offenes Treffen

Wir laden alle, die FreEduMM besser kennenlernen wollen und evtl. sich in Zukunft aktiv einbringen möchten, zu unserem offenen Treffen ein!

am 02. Mai, 19 Uhr
im Foyer des Hörsaalgebäudes (Biegenstr. 14)

Komm vorbei! Bring dich ein! Gestalte mit!

Termine

11. April

20.00 Uhr: I Want Your Love (OmU) ein Film der Queer-Filmreihe im Capitol Kino

17. April

19.00 Uhr: Vortrag und Diskussion: Bildung ist auch Widerstand (Prof. Dr. Ursula Frost, Uni Köln), Vorstellung des "Marburger Bildungsaufrufs: Demokratisierung statt Ökonomisierung!" - Hörsaal 00/0030

18. April

18.00 Uhr: Vortragsreihe Antiziganismus: Von „The Vagabond“ bis „Esmeralda“ - „Zigeunerbilder“ im Spielfilm im Historischen Rathaussaal

22.00 Uhr: Ræducation #15 – Radiosendung auf 90,1fm

20. April

20.30 Uhr: Musik: The Boonaraaas – All-Girl Sixties Garage-Punk Band im Café Trauma

25. April

18.00 Uhr: Vortragsreihe Antiziganismus: Antiziganismus als Selbstverständlichkeit der europäischen Gesellschaft? Auch ein Blick in die Marburger Geschichte in der Volkshochschule Marburg

18.30 Uhr: Film: Blut muss fließen – Undercover unter Nazis im Audimax

20.00 Uhr: Queer-Filmreihe: Lipstikka (OmU) im Capitol Kino

27. April

15.00 Uhr: Aktionstraining für den 1.Mai bei den Waggonhallen

22.00 Uhr: Party: CHEER QUEER – Wir feiern die Vielfalt und laden zum Tanz! Freier Eintritt bis 23.30 Uhr, danach 3€ im Trauma

01. Mai

Kundgebung von Nazis bei der EZB in Frankfurt/M blockieren!!

02. Mai

18.00 Uhr: Vortragsreihe Antiziganismus: Gedenken an die Verfolgung von Sinti und Roma: Beispiel Dreihause

19.00 Uhr: offenes FreEduMM-Treffen – Kommt vorbei! Bringt euch ein! Im Foyer des Hörsaalgebäudes

09. Mai

20.00 Uhr: Queer-Filmreihe: Freier Fall (OmU) im Capitol Kino

16. Mai

22.00 Uhr: Ræducation #16 – Radiosendung auf 90,1fm

Alle Filmveranstaltungen sind kosten- und grundsätzlich barrierefrei!

